

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 177.

Donnerstag, den 31. Juli 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Besitzsteuern, die Löhne und die Preise.

Der vom Reichstag beschlossene Wehrbeitrag besteht in einer Besteuerung der Vermögen und der hohen Einkommen.

Die vom Reichstag beschlossene Besitzsteuer sieht eine Besteuerung des Vermögenszuwachses vor, d. h., wer ein beträchtliches Vermögen sein eigen nennt, muß den Betrag besteuern, um den sein Vermögen im Laufe der letzten drei Jahre gewachsen ist.

Beide Gesetze sind Früchte der Sozialdemokratie. Die vom Reichstag leider bewilligte Heeresvermehrung erfordert neue gewaltige Einnahmen des Reiches. Wenn aber die letzten Wahlen nicht 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen und 110 sozialdemokratische Mandate erbracht hätten, so hätte man sich zum kleinen Teil damit geholfen, daß man für Kulturaufgaben noch weniger ausgegeben hätte; vor allem aber hätte man einen neuen Raubzug auf die Taschen der Proletarier unternommen. Der Wehrbeitrag wird nach den vorliegenden Schätzungen 1000 Millionen Mark, die Besitzsteuer jährlich 100 Millionen Mark bringen. Gegen den Wehrbeitrag stimmten die Polen, gegen die Besitzsteuer außer den Polen vor allem die Konservativen. Die Konservativen hatten den Mut, zum Ausdruck zu bringen, daß sie lieber die dringendsten Kulturaufgaben zum Schaden der Gesamtheit leiden lassen, daß sie lieber dem ausgepumpten Proletariat und auch dem darniederliegenden Mittelstand ihren letzten Pfennig rauben wollten, als die Wohlhabenden und Reichen zu besteuern.

Es ist nur die Frage aufzuwerfen, ob und inwieweit durch die Besitzsteuern das Proletariat indirekt getroffen wird. Wenn die Besitzenden Steuern zahlen, so können sie den gezahlten Betrag nicht anderweitig verwenden; sie müssen also ihren Bedarf an Genußmitteln entsprechend einschränken oder entsprechend weniger sparen. Soweit sie weniger vergeuden, vermindert sich dadurch die Arbeitsgelegenheit für Arbeiter der Luxusindustrie, für Bediente, für Köche und dergl. Die Arbeitsgelegenheit im ganzen vermindert sich dadurch nicht, weil der aus dem Vergütungsfonds der Kapitalisten dem Vergütungsfonds des Reiches zufließenden Betrag nunmehr für Dinge verwandt wird, die ebenso wie die von den Besitzenden jetzt „entbehrten“ Genüsse erarbeitet werden müssen, etwa Uniformen für Soldaten oder Kanonen. Schlimmer steht es mit dem von den Besitzenden nunmehr weniger „ersparten“ Betrag. Kapital verwerthen heißt Arbeiter ausbeuten. Wenn der Arbeiter nicht ausgebeutet wird, ist er arbeitslos und muß vollends hungern. Die Arbeitsgelegenheit steigt im allgemeinen mit der Menge des vorhandenen Kapitals. Im allgemeinen nicht unbedingt! Abgesehen davon, daß in Wirtschaftskrisen vorhandenes Kapital brach liegt, kann die Vermehrung von Kapital zur Verminderung der Arbeitsniederlegung durch Niederkonkurrieren von Betrieben und technische Verbesserungen führen, welche die Herstellung eines gleichen oder größeren Produktes mit einer geringen Zahl von Arbeitskräften ermöglichen. Nur in dem Maß, als durch Besitzsteuern eine Verminderung der Kapitalsammlung bedingt ist, ohne gleichzeitig eine entsprechende Hemmung der ständigen Ausschaltung von Proletariern durch Niederkonkurrieren von Betrieben und wirtschaftlichen Fortschritt herbeizuführen, vermindern sie die Arbeitskräfte ermöglichen. Nur in dem Maß, als durch wirksame Besitzsteuern drückend auf die Löhne. Die Lohnhöhe hängt von drei Momenten ab, erstens vom jeweiligen Bedarf an Arbeitskräften, zweitens von der mit der Entwicklung des Kapitalismus ständig teils infolge größerer Widerstandskraft des einzelnen Unternehmers, teils infolge des Anwachsens der Unternehmerorganisation steigenden wirtschaftlichen Macht der Kapitalisten, drittens von der Stärke der Gewerkschaften. In den oben angeführten Grenzen vermindern Besitzsteuern den Bedarf an Arbeitskräften; in gleichem Maße hemmen sie freilich die kapitalistische Entwicklung und vermindern die Macht des Kapitalisten oder kapitalistischen Unternehmers, indem sie die Ansammlung von Kapital verlangsamen. Auf das Steigen der Unternehmerorganisationen haben sie kaum, auf das Wachsen der Gewerkschaften sicher keinen Einfluß. Hieraus erhellt, daß auch Besitzsteuern nicht ohne alle Nachteile für das Proletariat sind, daß sie aber nicht annehmbar für das Proletariat die niederdrückende Wirkung haben, welche die indirekten Steuern ausüben, welche Lebens- und Genußmittel verteuern und in den betroffenen Branchen die Arbeitsgelegenheit enorm vermindern.

Ganz, aber auch ganz falsch ist es etwa anzunehmen, daß die Besitzsteuern von den besitzenden Klassen in nennenswertem Maße durch Steigerung der Preise wettgemacht werden und mithin auf die Konsumenten abgewälzt werden können. Sofort leuchtet ein, daß Besitzer von Staatspapieren, von ausländischen Aktien, von festverzinslichen Industrieobligationen, von Sparkasseneinlagen, von Hypotheken ihre Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts-, Vermögenszuwachssteuern auf das Proletariat nicht abwälzen vermögen. Der Zinsfuß bleibt, wie Genosse Hilferding in seinem ausgezeichneten Werk über „Das Finanzkapital“ nachwies, insofern in der kapitalistischen Welt „unveränderlich“, als sein ständiges Schwanken mit dem Auf und Ab der Konjunktur bleibt und sich weder eine dauernde Tendenz zum Steigen oder Senken des Zinsfußes durchsetzt. Der Zinsfuß ist zum Beginn der günstigen Konjunktur niedrig, weil während der Wirtschaftskrise viel Kapital brachlag, steigt dann mit der Hochkonjunktur, steigt weiter mit dem Beginn der Krise, weil in diesem Zeitpunkt die Schuldlast zu einem Rieserpump anreizt, während das vorfristig gewordene Kapital sich vom Geldmarkt zurückzieht, und fällt dann wieder mit dem Eintritt „normaler“ Verhältnisse. Die Besitzer festverzinslichen Anlagekapitals können auch deshalb deutsche Steuern auf niemand abwälzen, weil der Zinsfuß sich in letzter Instanz international regelt. Wollten deutsche Kapitalisten, um ihre Besitzsteuern herauszuschlagen, den Zinsfuß erhöhen, so würde das mit fremdem Kapital arbeitende Unternehmertum im Ausland pumpen und der Ausgleich bald geschaffen sein.

Hierin liegt aber auch bereits, daß auch Landwirte, Industrieunternehmer und Kaufleute ihre Besitzsteuern nicht auf die Konsumenten abwälzen können und man auch Hausbesitzer, welche die Macht zur Steigerung der Miete haben, nicht glauben darf, diese Macht habe ihre Ursache in Besitzsteuern. Solche Steuern können auf die Konsumenten abgewälzt werden, welche die Unternehmer derselben Branche gleichmäßig belasten. Die Gesetze der Konkurrenz schließen es aber aus, daß ein Unternehmer eine Steuer abwälzt, die nur ihn und einen Teil seiner Konkurrenten trifft. Die indirekten Steuern treffen alle Konkurrenten gleichmäßig, also werden sie nicht von Unternehmern, etwa Zigarren- oder Zündholzfabrikanten, sondern von den Konsumenten getragen. Auch die Gebäude- und die Gewerbesteuer werden im allgemeinen von Mietern und Käufern getragen (die Gewerbesteuer nur dann nicht, wenn es an anderen Orten Konkurrenten gibt, die keine oder eine geringere Gewerbesteuer tragen), aber die Gebäude- und die Gewerbesteuer treffen den Wert des gesamten Gewerbebetriebes und Gebäude ohne Rücksicht darauf, was den einzelnen Hausbesitzer oder Gewerbetreibenden gehört. Die Vermögenssteuer trifft aber nur das einzelne Vermögen des Hausbesitzers und Gewerbetreibenden; die darauf gelegte Steuer ist nicht oder fast nicht abwälzbar, weil die Konkurrenten ganz ungleichmäßig von der Steuer betroffen werden. Nehmen wir eine Aktiengesellschaft! Wie sollte sie, auch wenn sie mit ausländischer Konkurrenz nicht zu rechnen hat, die von ihren einzelnen Aktionären für ihre Aktien gezahlte Besitzsteuer auf ihre Warenpreise legen? Mancher Aktionär braucht nichts zu zahlen, weil sein Vermögen unter 10 000 Mk. beträgt oder doch unter 50 000 Mark, bei einem Einkommen, das 2000 Mk. nicht übersteigt. Ein anderer zahlt einen großen, ein Dritter einen kleinen Prozentsatz seiner Aktien, weil die Steuer progressiv ist. Mit der Aktiengesellschaft konkurriert vielleicht eine andere, die nicht nur mit eigentlichem Aktienkapital arbeitet, sondern festverzinsliche Obligationen ausgegeben hat, für welche die Steuer schon aus oben angeführten Gründen unabwälzbar ist.

Noch ein Fall ist freilich zu erwähnen: der der Monopolpreise. Solche entstehen da, wo ein Konkurrenzkampf nicht stattfindet, z. B. weil sämtliche beteiligten Unternehmer sich zu einem Kartell (Syndikat, Trust) vereinigt haben. Hierher gehören auch schon vielfach die Preise der Wohnungen in Großstädten. Wenigstens besteht die Tendenz, den Wohnungsmangel bis zur Ausschaltung aller Konkurrenz zu entwickeln. Monopolpreise werden hier allmählich erreicht, weil sich der Grund und Boden nicht vermehren läßt oder die Grundbesitzervereine für Ausschaltung jeder Konkurrenz sorgen. Monopolpreise werden sowieso so hoch gesteigert, wie die Konsumenten es ertragen können, ehe sie auf das Monopolprodukt verzichten. Z. B. müssen wir damit rechnen, daß in den meisten Großstädten die Wohnungsmieten für Kleinwohnungen so weit steigen, bis entweder die Gemeinden eingreifen oder die Wohnungen schließlich keine Mieter mehr finden, weil die Proletarier die Obdachlosigkeit dem Frondienst für die Hausbesitzer vorziehen. Aber Monopolpreise hängen von der Zahlungsfähigkeit der Nachfragenden und von der Unentbehrlichkeit des Produktes ab. Sobald ein Monopolpreis ein-

getreten ist, ist er von den Herstellungskosten des Produktes, natürlich erst recht von Steuern, unabhängig und wird so weit gesteigert, wie es die Konsumenten ertragen.

Die Sozialdemokratie wird also fortfahren müssen, das System der indirekten Steuern zu bekämpfen und alle Maßnahmen zur Beseitigung bestehender und Verhinderung neuer indirekter Steuern ergreifen, auch auf die Gefahr hin, dadurch die den Wohlhabenden sehr unangenehmen Besitzsteuern zu erhöhen, die von allen Steuerarten für das Proletariat die weitaus erträglichsten sind.

Krupp und die Reichsbehörden.

In dem Augenblick, da die Opfer der Krupp-Wirtschaft zur kriegsgerichtlichen Aburteilung kommen, bekennen selbst die „Samburger Nachrichten“ die Notwendigkeit und zugleich die Möglichkeit, dem Kruppischen Panzerplattenmonopol endlich auch in Deutschland ein Ende zu bereiten. In einer Korrespondenz aus New-York wird über den nicht unbekanntem Plan der amerikanischen Regierung berichtet, ein staatliches Panzerplattenwerk zur Abwehr gegen die Ausbeutung durch die großen Gesellschaften, zwischen denen auch auf dem Gebiete der Panzerplattenlieferungen Vereinbarungen bestehen, zu errichten. Die amerikanischen Panzerplattenlieferungen sind auch in der Geschichte der Kruppherrschaft in Deutschland von Bedeutung gewesen. Die Feststellungen, daß die amerikanischen Werke, die auf Grund der Kruppischen Patente Panzerplatten fabrizieren und an Krupp hohe Lizenzen — die Angaben schwanken zwischen 105 und 180 Mark für die Tonne — zahlen mußten, dennoch erheblich billiger an die amerikanische Regierung lieferten als Krupp an die deutsche, nötigten Krupp zu Preis Konzessionen. Seit einigen Jahren ist das Krupp-Monopol in Amerika beseitigt.

Bei den engen Beziehungen der „Samburger Nachrichten“ zur Schiffbauindustrie sind ihre weiteren Äußerungen, daß auch bei uns in Deutschland ein ähnliches Vorgehen wie in Amerika dringend erwünscht sei, mindestens ein Zeichen für einen beginnenden Stimmungsumschwung als Folge des sozialdemokratischen Feldzuges gegen den Krupp-Terror. Es sei gar nicht nötig, meinen die „Samburger Nachrichten“, daß sich die Marine selbst Unkosten durch Neuanlagen von Panzerplattenmaterialfabriken auferlegt, denn es besteht eine Anzahl leistungsfähiger und großer Firmen in Deutschland, die gern bereit wären, das Kapital zur Einrichtung von Panzer-Walzwerken herzugeben, wenn sie nur die Chance hätten, mit zur Lieferung regelmäßig herangezogen zu werden. Ganz ähnlich liegt es mit den Geschützlieferungen in Deutschland. Wir würden dann ganz sicher in kurzer Zeit den Engländern gegenüber durch vorzügliche Lieferungen von Geschützen und Lafetten ein großes Uebergewicht erreichen.

Was die „Samburger Nachrichten“ erklären, ist durchaus zutreffend, aber keineswegs neu, denn daß Konkurrenzmöglichkeit gegen Krupp bestand, ist neben Krupp selbst nur noch von der Reichsregierung bestritten worden.

Erst vor wenigen Jahren trug Thyssen sich mit umfassenden Plänen zum Bau eines Panzerplattenwerkes. Charakteristisch für das Krupp-System ist der schließliche Verzicht Thyssens auf die Durchführung seines Planes. Thyssen hatte die Patente des französischen Erfinders Harmet, der auf dem Wege der Kompression eine hervorragende Veredelung des Stahls anstrebt, erworben. Dieses Verfahren sollte auch bei der Herstellung von Panzerplatten Verwendung finden. Es verlautete damals, im Herbst 1908, daß für die Errichtung neuer großer Anlagen Gelände bei Dinslaken am Niederrhein vorgezogen waren. Kaum sicherte Thyssens Plan durch, da erhoben sich auch schon auf allen möglichen Seiten Angriffe gegen das Thyssensche Vorhaben. Gegen Thyssen und seine Gruppe wurden Vorwürfe erhoben, als ob sie Hochverrat gegen das Reich betrieben. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ veröffentlichte einen Artikel: Die Panzerplatten des Herrn Thyssen, in dem sie auseinandersetzte, daß Thyssen keine Erfahrungen auf diesem Gebiete besäße, und daß wohl minderwertige Träger und minderwertiges Stabeisen loszuwerden seien, niemals aber minderwertige Panzerplatten. Das Blatt erinnerte gemütvoll daran, daß ja Thyssen kein Jüngling mehr sei. Andere kruppbegeisterte Blätter äußerten weniger rührende Sorge um den alten Mann, sie behaupteten fast, die Banken würden sich bedanken, Thyssen das erforderliche Geld zu geben.

Thyssens Panzerplattenwerk blieb ungebaut. Daß Thyssen seinen Plan auf die Warnungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und ähnlicher Blätter aufgegeben haben sollte, wäre natürlich eine kindische Annahme. Es müssen sich der Ausführung seines Projektes schon ern-

stere Widerstände entgegengestellt haben. Zu allererst drängt sich die Frage auf, was die Marinewerksverwaltung getan hat, um Verfüge von kapitalkräftigen Seiten, das Kruppmonopol zu brechen, zu fördern. Bekannt wurde nur, daß von den Reichsämtern alles aufgeboten worden ist, um die Kruppherrschaft vor jedem Vorstoß zu behüten, wie das nicht nur die Affäre Ehrhardt bewies. Hätte das Reich Konkurrenzbemühungen gegen die Kruppschen Panzerplatten nicht abgesehen, das Krupp-Monopol wäre längst durchlöchert. Der Präfekt Kommissar des Reichstages müßte die Aufhellung jener Politik, die auch zur Unterbindung der Errichtung neuer Panzerplattenanlagen führte, um so leichter werden, da der Reichstag den Grafen Oppersdorff in seiner Mitte hat, der in den Panzerplatten-Projekten Thyffens als besonders unterrichtet gilt!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Nachwahl in Dresden-Neustadt.

Auch die Antisemiten haben sich in Anbetracht ihrer eigenen Bedeutungslosigkeit, und um sich nicht unnütz durch eine selbständige Kandidatur zu blamieren, entschlossen, für den Kandidaten der Konservativen, Dr. Hartmann, einzutreten. Der reaktionäre Klüngel ist nun auf Dr. Hartmann vereint, da ja auch die Bündler ihn unterstützen. Die Antisemiten haben, um ihr jüdenpresserisches Dekorum zu wahren, bei ihrem Eintreten für Dr. Hartmann „vorausgesetzt, daß der Herr Kandidat die Grundanschauungen der deutsch-sozialen Partei in Rassen- und Mittelstandsfragen tatkräftig vertreten wird“. Die Nationalliberalen sind immer noch nicht schlüssig, was sie machen sollen.

Die Berufungsverhandlung über das Erfurter Schreckensurteil verschoben!

Wie wir soeben erfahren, ist der Prozeß gegen die in Erfurt zu schweren Strafen verurteilten Referendaren, der am 1. August vor dem Oberkriegsgericht Cassel als Berufungssitzung verhandelt werden sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Aber die Ursachen der Vertagung ist nichts Näheres bekannt.

Landtagswahl in Lippe.

Bei der Landtagswahl, die infolge der Mandatsniederlegung des Liberalen Neumann-Hofer notwendig geworden war, erhielten am Dienstag Becker (Soz.) 355, Neumann-Hofer (lib.) 596, Kreiling (lib.) 563 Stimmen. Der Stimmenrückgang der Sozialdemokratie erklärt sich aus der Abwesenheit vieler Wanderarbeiter. Es hat Stichwahl zwischen den Liberalen und den Konservativen stattgefunden.

Höhere Besteuerung ausländischer Weine.

In Bayern, Baden, Elsaß-Lothringen und Württemberg bestehen staatliche oder kommunale Weinsteuern. Nach dem Vertrag, der zwischen diesen Ländern und dem Norddeutschen Bund im Jahre 1867 über den Zoll- und Handelsverein abgeschlossen wurde, ist nun bestimmt, daß für alle bei der Einfuhr mit mehr als 3 Mark vom Doppelzentner belegten Erzeugnisse keine weitere Abgabe erhoben werden darf. Die Weininteressenten aus den genannten Staaten haben nun in der letzten Reichstagsession lebhaft darüber Klage geführt, daß der ausländische Wein mit kommunalen Abgaben nicht belegt werden kann, und behauptet, dadurch in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt zu sein. Die genannten Staaten beantragen nunmehr beim Bundesrat, durch Reichsgesetz die getroffenen Bestimmungen zu ändern, um es zu ermöglichen, daß der ausländische Wein genau so wie der inländische besteuert werden kann.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Von der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit in Gera ist eine erweiterte Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe beschlossen und nun auch ministeriell bekräftigt worden. Nach dem Gesetz dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden. Als Ausnahmen werden zugelassen: a) die Beschäftigung von Handelsangestellten aller Art im Großhandel, der Industrie, der Bank-, Expeditions- und Agenturgehälfen, der Baugeschäfte usw. an acht Sonn- und Feiertagen im Jahre, b) in den offenen Verkaufsstellen des Kleinhandels an sechs Sonn- und Feiertagen und an den letzten drei Sonntagen vor Weihnachten. Bei a) ist über die acht Sonntage eine Liste zu führen und an höherer Stelle anzuhängen, bei b) werden die betreffenden Tage nach Gehör der Gewerbetreibenden durch den Stadtrat festgesetzt. Auch für den Geschäftsbetrieb der Fleischer, Bäcker und Konditoren ist eine Einschränkung der Verkaufszeit auf einige Tagesstunden festgelegt worden.

Noch eine Ersatzwahl zum württembergischen Landtag.

Der württembergische Landtagsabgeordnete Wilhelm August Petter der fortschrittlichen Volkspartei für das Oberamt Gerabronn, ist am Montag im Alter von 61 Jahren gestorben. In den Jahren 1895 bis 1903 gehörte August auch dem Reichstag an, und zwar als Abgeordneter des 12. württembergischen Wahlkreises. Die Ersatzwahl zum Landtag, die nun in Gerabronn vorzunehmen ist, wird zu einem ebenso heftigen Kampf führen wie die im Bezirk Rottweil, die durch den kürzlich gemeldeten Tod des bisherigen Zentrumsabgeordneten Maier notwendig wird. In Gerabronn wird der Bund der Landwirte alle Hebel in Bewegung setzen, um die Volkspartei zu verdrängen, die allerdings bei der letzten Wahl mit Unterstützung der 460 sozialdemokratischen Stimmen 304 Stimmen aufbrachte gegen 2071 des bürgerlichen Kandidaten. Das Mandat für Rottweil suchen die Nationalliberalen dem Zentrum abzunehmen; als Kandidat stellen sie wieder den Oberst a. D. Blaul auf, der auf die Unterstützung der Volkspartei rechnet, die ihm schon bei den allgemeinen Wahlen im letzten Winter gewählt wurde. Auch die Sozialdemokratie spricht in Rottweil ein starkes Wort mit. Bei diesen beiden Ersatzwahlen mag es sich zeigen, ob die

württembergische Wählerschaft aus der reaktionären Politik des neuen Landtages bereits gelernt hat, oder ob die clerikal-konservative Welle längeren Bestand haben wird.

Arbeitslosenversicherung in Bayern.

Aus einem Schreiben, das am 27. Juli Prinzregent Ludwig von Bayern an seinen Minister des Innern, Freiherrn von Soden, gerichtet hat, ist zu entnehmen, daß die Frage der Arbeitslosenunterstützung in Bayern „in den Kreis der Erwägungen gezogen worden ist“. Das Schreiben lautet:

„Mit lebhaftem Bedauern habe ich Ihrem Bericht entnommen, daß die mir von verschiedenen Seiten zugegangenen Mitteilungen über die herrschende Arbeitslosigkeit leider zutreffend sind. Ich habe aus dem Bericht aber auch mit Befriedigung ersehen, daß bereits Anordnungen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit getroffen worden sind, und daß sonstige Maßnahmen, darunter die viel erörterte Frage der Arbeitslosenversicherung, in den Kreis der Erwägungen gezogen wurden. Durchdringen von der Wichtigkeit der Sache und von dem Wunsche nach tunlichster Abhilfe, beauftrage ich Sie, der Arbeitslosenfürsorge auch fernerhin volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, alle geeigneten Maßnahmen im Benehmen mit den übrigen beteiligten Staatsministerien einzuleiten und mir von Zeit zu Zeit weiteren Bericht zu erstatten.“

Ob durch das Schreiben nun etwas Feuer hinter die „Erwägungen“ gemacht wird, ist mehr als fraglich. Das bayrische Zentrumministerium ist so stark mit clerikalen Fragen beschäftigt, daß es sich kaum noch um Arbeiterfragen kümmern kann.

Eine bedenkliche Anfrage.

Das ultramontane „Neueste Münchener Tageblatt“ stellt an den bayrischen Justizminister die folgende höchst sonderbare Anfrage:

„Ist es zulässig, daß ein aktiver Richter, der sich mit der Auseinandersetzung einer Erbschaft befaßt, sich von den Erben eine Entlohnung von 5 Prozent versprechen läßt? Ist es erlaubt, daß der betreffende aktive Richter die Herausgabe der Erbschaft verweigert und noch eine höhere Entlohnung verlangt?“

Das Blatt behauptet, daß der bayrische Justizminister über die Sache bereits persönlich informiert sei. Um einen ultramontanen Richter kann es sich natürlich in keinem Fall handeln. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß das ultramontane Blatt hier einem liberalen Richter Schwierigkeiten bereiten will. Jedenfalls darf man gespannt darauf sein, welche Auskunft das bayrische Justizministerium nunmehr geben muß, nachdem die Angelegenheit in der breitesten Öffentlichkeit angeschnitten wurde.

Erhebungen über den Geburtenrückgang.

Das preussische Ministerium des Innern will die Ursachen des Geburtenrückganges „einwandfrei“ feststellen. Es werden daher Rundfragen bei Ärzten, Geistlichen und Lehrern über die Ursache des Geburtenrückganges veranstaltet. Angenommen wird, daß der Geburtenrückgang nicht ein organischer ist, sondern teilweise durch Antikonzeptionsmittel verursacht wird. Auch über die Bevölkerungsklassen, unter denen hauptsächlich der Geburtenrückgang festgestellt wurde, sollen Erhebungen veranstaltet werden, da nach den bisherigen Feststellungen unter der Arbeiterbevölkerung die Anzahl der Geburten nicht nachgelassen hat. Das Allheilmittel wird dann wohl wieder in Strafbestimmungen gefunden werden, anstatt die sozialen Verhältnisse zu bessern.

„Teutsche“ Entrüstungskomödie.

Zwischen dem „Berliner Tageblatt“ und der konservativ-antisemitischen Presse ist ein heftiger Hader entstanden wegen der Berichterstattung des erst genannten Blattes über das Turnfest in Leipzig. Ein Mitarbeiter der „Berliner Tageblattes“ hatte in seinem Bericht über das Turnfest einige schnoddrige Bemerkungen eingefügt, und das gab der konservativ-antisemitischen Presse Anlaß, sich hitzig zu entrüsten. Die Entrüstung war allerdings nur einseitig, denn auch der fromme „Reichsbote“ hatte sich mit dem Turnfest befaßt und festgestellt, daß die „teutschen“ Turner verschiedene verrufene Gassen Leipzigs bevölkert hätten. Am meisten entrüstet waren selbstverständlich die unter der Leitung des bekannten Liman stehenden „Leipziger Neuesten Nachrichten“. Es ist nun gewiß nicht ohne Interesse, zu hören, daß der Verfasser des angegriffenen Artikels im „Berliner Tageblatt“, ein gewisser Dr. Pinthus, zu den Mitarbeitern der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ gehörte, also ein Spezialkollege des Liman gewesen ist. Mittlerweile hat die Entrüstung auch auf die „Germania“ hinübergelassen, die mit aller Entschiedenheit für konfessionelle Turnvereine eintritt, damit die Turner nicht Schaden an Leib und Seele leiden. Wenn man so liest, was diese staatszerstörenden Blätter sich gegenseitig an den Kopf werfen, dann fällt einem unwillkürlich das heineische Wort ein: „Und es will mich schier bedünken . . .“

Reichszentrale gegen die Zigeuner.

Einer Korrespondenz zufolge wird voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres die bayrische Landeszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerwesens in eine Reichszentrale umgewandelt. Die Verhandlungen mit den einzelnen Bundesstaaten seien im Gange. Preußen habe seine Zustimmung bereits erklärt. Die Beitrittserklärungen mehrerer anderer Bundesstaaten stehen zwar noch aus, sie seien aber im Laufe der nächsten Monate zu erwarten.

Holland.

Wahltag in Amsterdam. Bei der Nachwahl im zweiten Amsterdamer Wahlkreis, die notwendig wurde, weil Genosse Dr. Kendei zweimal gewählt war, ist in der Stichwahl Genosse Oberlehrer Adrian Gerhardt gewählt worden mit 1675 Stimmen gegen 1072, die auf den clerikalen Kandidaten entfielen. Bei der ersten Wahl war der Liberale ausgeschieden. Die liberale Parteiorganisation hatte die Parole ausgesprochen, für den Sozialdemokraten zu stimmen. Die liberale Presse der Hauptstadt machte aber nicht mit, sondern schwieg die Parole tot, und tatsächlich haben nur sehr wenig Liberale der Parteiparole gefolgt. Das neue Parlamentenmitglied ist einer der Veteranen der

Partei, ein philosophisch geschulter Kopf und einer der Führer der Freidenkerbewegung.

Balkan.

Die Friedensverhandlungen haben gestern in Bukarest begonnen. Darüber wird berichtet: Ministerpräsident Majorescu ließ die Erschienenen namens des Königs und der rumänischen Regierung willkommen. Der serbische Ministerpräsident Pašić hat im Namen der Verbündeten den rumänischen Ministerpräsidenten Majorescu den dauernden Vorsitz bei der Konferenz zu übernehmen. Der Vorschlag wurde durch Applausion angenommen. Ministerpräsident Majorescu hielt eine Ansprache, auf die der griechische Ministerpräsident Venizelos erwiderte und erklärte, daß die Missionen dem Vorschlage der Suspendierung der Feindseligkeiten zustimmen. Der Chef der bulgarischen Mission, Minister Tontschew, der sich dem Vorschlag anschloß, drückte den Wunsch aus, daß alle Missionen von gleichem Geiste der Veröhnlichkeit besetzt seien, wie die bulgarische. Die Sitzung wurde dann unterbrochen, um den militärischen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, ein Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten zu redigieren. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung billigte die Konferenz das Protokoll über den Waffenstillstand von fünf Tagen. Vier Exemplare wurden den Chefs der Mission übergeben, damit sie an die Hauptquartiere telegraphiert würden. Alle Bevollmächtigten verzeichneten mit lebhafter Genugtuung die einmütige Zustimmung zu dem Waffenstillstand. Die Konferenz hat sich auf Donnerstag 4 Uhr vertagt.

Es verlautet, daß Serbien und Griechenland auf Drängen Rumäniens einem fünfseitigen Waffenstillstand zugestimmt haben. Die Verbündeten erklären, daß sie ihre Bedingungen gemeinsam stellen, um es dadurch den Bulgaren unmöglich zu machen, mit einem allein Frieden zu schließen. Die allgemeine Stimmung bezüglich des voraussichtlichen Verlaufes und der Dauer der Konferenz ist günstig. Es besteht Hoffnung, daß sie in zehn bis vierzehn Tagen zum Ziele kommt.

Die Lage Bulgariens ist außerordentlich schwierig, wie aus Briefen hervorgeht, die der Zensur entgangen sind. Es heißt darin: Sofia gleicht einem riesigen Hospital. Jeden Morgen fragt man sich: Wird es heute noch Brot geben? Unterschiedliche zwischen reich und arm sind nicht mehr vorhanden. Es gibt nur Elende, die das Ende des furchtbaren Zustandes herbeiwünschen. Alle Städte der Donauengegend sind verlassen. Die Bauernbevölkerung hat sich nach Sofia geflüchtet, wo gegenwärtig trotz der Einberufung aller wehrfähigen Männer mehr als 200 000 Menschen zusammengedrängt sind. Die Krankenhäuser sind mit Verwundeten überfüllt. Es fehlt an Ärzten und Krankenschwestern. Starke Patrouillen durchziehen die Straßen der Stadt, denn man befürchtet eine Empörung des Volkes. Es sind bereits revolutionäre Ausschreitungen vorgekommen. Vor den Bäckereien drängen sich hungernde Menschen. Greise umstehen den Königspalast und bitten die Soldaten um Brot. Das Volk verlangt stürmisch, den König zu sehen, um ihn um Frieden und Brot zu bitten. Die Lebensmittelpreise sind ungeheuer gestiegen. Einige der früheren Minister haben Sofia verlassen, um sich den Nachbarn zu entziehen. Dr. Danew's Haus wird ständig durch eine starke militärische Abteilung bewacht.

Die Türkei denkt, trotz der drohenden Haltung der Diplomatie der Großmächte, nicht an die Rückmung Adrianopels. Der Sonderberichterstatter des Pariser „Matin“ telegraphiert aus Adrianopel, daß ihm der türkische Thronfolger unter anderem folgendes erklärte: Ich kann nicht glauben, daß Europa wirklich den Willen hat, uns Adrianopel wegzunehmen und daß es den noch nicht ratifizierten Londoner Vertrag als endgültig ansieht, während es die schiedsgerichtliche Entscheidung von Petersburg annulliert. Das Mißgeschick der Waffenvertrieb uns für einen Augenblick aus Adrianopel. Die Tapferkeit der Osmanen eroberte diese Stadt zurück. Dies ist die Gerechtigkeit des Himmels nach der Ungerechtigkeit der Menschen. Adrianopel ist heute für uns heiliger denn je. — Enver Bey erklärte demselben Berichterstatter: Wir werden Adrianopel niemals räumen; hier sind wir, hier bleiben wir. Wir werden uns bis auf den letzten Mann töten lassen, wenn es sein muß. Das ist der Entschluß der ganzen Armee. Europa möge dies wissen.

Mexiko.

Der mexikanische Bürgerkrieg. Nun ist auch das neueste Kriegsmittel, der Bombenwurf aus der Flugmaschine, im Bürgerkrieg zur Anwendung gekommen. Nach einer aus Nogales in Arizona eingetroffenen amtlichen Depesche warf der Flieger Massen über dem Hafen von Guaymas eine Bombe, die auf das mexikanische Kanonenboot „Campico“ fiel und es zerstörte. Aus der Stadt Mexiko wird gemeldet: Huerta stimmte den Forderungen der Vereinigten Staaten zu und versprach, die geforderten Maßnahmen, betreffend die Verhaftung der für die Angriffe gegen fremde Untertanen verantwortlichen Personen, zu ergreifen.

Die Abdankung Huertas? Nach einem Telegramm aus Washington sind dem Staatsdepartement Gerüchte zugekommen, daß Präsident Huerta in wenigen Tagen abdanken werde; es wahrscheinlicher Nachfolger wird Delabarra bezeichnet.

Venezuela.

Castro wählt. In Willemstad auf Curacao sind Gerüchte im Umlauf, daß die Anhänger Castros Coro in Venezuela eingenommen und den Gouverneur, General Jurado, festgenommen haben. Außerdem verlautet, daß Castro vorgestern in Venezuela gelandet ist. Die politische Lage in Venezuela ist kritisch. Zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten sind verhaftet worden. Eine Anzahl von Anhängern Castros sind heimlich von hier nach Coro und Bogota abgereist. Die hiesigen Blätter melden, daß die Anhänger Castros eine Revolution vorbereiten.

Der Bürgerkrieg. Wie der Times aus Peking, den 29. Juli, gemeldet wird, erklärte die Provinz Hunan am letzten Freitag ihre Unabhängigkeit. Sie tat den Schritt nicht in der Absicht, um an dem Kampfe gegen Suanschikai teilzunehmen, sondern nur, um sich nach allen Seiten zu schützen. Die Truppen, die nach verschiedenen Schätzungen 1500 bis 1800 Mann betragen, sind mit 16 Feldgeschützen bei Sungshou aufgestellt, um die Angriffe abzuwehren. Über die Lage in Schanghai wird ferner über London, 29. Juli, noch folgendes berichtet: Infolge der Proklamation, die die Rebellen aufforderte, sich von den europäischen Siedlungen in Schanghai fernzuhalten, begab sich am Montag die Municipalpolizei mit einer starken Abteilung des Freiwilligenkorps von Schanghai nach der Nordgrenze der Ansiedelung, wo sich das Hauptquartier der Rebellen befindet, entmannete 300 Soldaten und 12 Offiziere und beschlagnahmte sechs Dreizollgeschütze. Es wurde zwar kein lässlicher Widerstand geleistet, aber eine kurze Zeit sah es so aus, als ob es zu einem bösen Zusammenstoß kommen würde. Schließlich jedoch benahm sich die Rebellen und wurden von dem entschlossenen Auftreten der Municipalpolizei eingeschüchtert.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 31. Juli.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird Freitag, den 1. August, Sonnabend, den 2. August und Montag, den 4. August, abends von 8-9 Uhr, zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshaus anwesend sein.

Zur Werftarbeiterbewegung. Die Arbeiter der Werft von vorm. Henzrich in Lübeck haben am Dienstag dem 29. Juli, in einer stark besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus zu der Bewegung Stellung genommen. Eine Verständigung über die Forderungen zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern ist auch hier nicht erzielt. Die Versammlung hat aber dennoch es abgelehnt, den Streik zu beschließen und war wahrscheinlich mit Rücksicht auf die bevorstehende Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, die die gegenwärtige Streiksituation erst klären wird. Die Abstimmung der Werftarbeiter in der Versammlung ergab 286 für und 221 gegen den Streik. Damit war die statutarische Zweidrittelmajorität für den Streik nicht vorhanden. Die Bewegung ist also bis nach der Generalversammlung aufgeschoben.

Lohnbewegung auf der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft. Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft, welche bislang der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften angehörte, erklärte dem Arbeiterausschuß, nachdem ihr die gleichen Forderungen gestellt wurden, wie bei den Seeschiffswerften, daß sie aus der Gruppe ausgetreten sei und somit die gestellten Forderungen für die Firma gegenstandslos geworden wären. Die Arbeiterschaft konnte es natürlich nicht verstehen, daß, wenn die Firma auch aus der Gruppe der Seeschiffswerften ausgetreten ist, damit die Forderungen der Arbeiter hinünftig sein sollten; sie beauftragten daher ihren Vertreter, nochmals bei der Firma vorstellig zu werden, um die Forderungen erneut zur Geltung zu bringen. Nach mehrmaligen Verhandlungen wurde folgendes Ergebnis erzielt: Die Einstellungslohnne werden ab 1. August 1913 sämtlich um 2 Pfg. erhöht. Außerdem bekommen alle Arbeiter, die schon einen höheren Lohn wie den jetzigen Einstellungslohn beziehen, 2 Pfg. Zulage pro Stunde. Alsdann wird der Arbeiterschaft das gewährt, was die ausständigen Werftarbeiter eventuell erreichen sollten, so daß eine Gleichheit mit der Kochschen Werft in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder hergestellt wird. Die Arbeiterschaft stimmte gestern in einer stark besuchten Versammlung mit großer Mehrheit aus besonderen Umständen diesem Angebot zu.

Jungdeutschland und die Politik. In einer der letzten Nummern brachte die Bundes-Zeitschrift „Der Jungdeutschlandbund“ einen Leitartikel unter der Überschrift: Die Politik des Jungdeutschland-Bundes. In diesem Artikel schreibt man mit Pathos in die Welt: „Jungdeutschland weiß nichts von Politik. Jungdeutschland steht den Parteikämpfen unparteiisch gegenüber.“ — Nun braucht man wohl nicht erst eine lange Beweisliste anzuführen, um dem Leser der Arbeiterpresse zu sagen, daß der Jungdeutschland-Bund gegründet worden ist, um die Arbeiterjugend politisch so zu beeinflussen, daß man sie bereitst gegen die erwachsene Arbeiterschaft in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen gebrauchen kann. Die Arbeiterpresse bringt ja fast jede Woche Material für die politische und parteiische Tätigkeit des Jungdeutschland-Bundes.

Wäre der Beweis für das parteiische Eingreifen des Jungdeutschland-Bundes in die Kämpfe der Parteien noch nicht erbracht, so erbringen ihn jetzt die geistigen Leiter des Jungdeutschland-Bundes mit einem Leitartikel: Wehrvorlage, Krieg und Kriegsgefahr in der neuesten Nummer der „Jungdeutschland-Post“. In diesem Artikel steht man den jugendlichen Lesern, für die die „Jungdeutschland-Post“ bestimmt ist, das denkbar möglichste an Verdrehungen der Tatsachen und damit zugleich an Verleumdungen der Arbeiterklasse vor. Als Beleg dafür seien nur einige Sätze herausgegriffen. Unter anderem schreibt die „Jungdeutschland-Post“ folgendes:

„Wer da glaubt, sich über die gewaltigen Ausgaben entsetzen zu müssen, die unsere Wehrmacht zu Wasser und zu Lande Jahr für Jahr erfordert, der mag sich vor Augen halten, daß der größte Teil des Geldes ja im Lande bleibt und den Tausenden und aber Tausenden von Arbeitern zufließt, die die Waffen-, Bekleidungs- und Nahrungsmittelindustrie beschäftigt. Gerade der deutsche Arbeiter hat das allergrößte Interesse an der Armee und ihrer Vermehrung. Was sollte wohl aus den riesigen Arbeitermassen werden, wenn wir abwärts, und die mächtigen Industrieunternehmen, die heute die Armee versorgen, ihre Porten schließen würden? Außerdem: solange wir mächtig sind, greift uns so leicht niemand an und der deutsche Arbeiter kann ruhig seiner Arbeit nachgehen.“

Der Trick, der hier angewendet wird, um den Arbeitern den gefährlichen Militarismus erträglich, sogar wirtschaftlich nötig erscheinen zu lassen, ist nicht neu. Damit geht man vielmehr schon kreben, solange die denkende Arbeiterschaft ein ernster und beachtlicher Gegner des Militarismus ist. So oft diese Kostlüge der Hurrapatrioten auch gegengezogen wurde, sie ist nicht totzukriegen und kehrt immer wieder. Wirkungslos wird sie natürlich nicht.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Einmal reden von den Geldern, die das Reich für Rüstungen ausgibt, die

Kapitalisten einen großen Teil ein. Wissen wir doch, daß gerade jene Leute sich aufs Profitmachen verstehen. Ferner haben wir gerade in der letzten Zeit erfahren, daß das Rüstungskapital international festverbunden und gar keine Gewähr vorhanden ist, daß dies Geld im Lande bleibt. Zu der Arbeiterfrage sei nur darauf hingewiesen, daß die Vertreter der Arbeiterklasse im Parlament oft genug betont haben, welche Unmenge Kulturaufgaben heute liegen bleiben muß, weil der Mosch Mistarismus so ungeheure Summen verschlingt. An die Erledigung dieser Arbeiten könnte man dann gehen, wenn auf dem Gebiete der Rüstungsausgaben gepart würde. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die Arbeiterschaft durchaus nicht das Deutsche Reich wehrlos machen will. Sie fordert an Stelle des bestehenden Heeres die Volkswehr. — An anderer Stelle dieses Artikels heißt es:

„Die wenigen Gegner der Heeresvorlage begründeten ihre ablehnende Haltung u. a. mit dem damals bevorstehenden Friedensschluß auf dem Balkan. In wie lächerlicher Weise sie sich getäuscht haben, zeigen die neuesten Ereignisse. Die bisherigen Bundesgenossen haben sich beim Streit um die Beute gründlich entzweit und sind wütend über einander hergefallen.“

Wie war es doch? Die einzigen Gegner waren die Sozialdemokraten. Da sie bei den letzten Wahlen 4 1/2 Millionen Stimmen erhielten, klingt es höchst komisch, wenn die „Jungdeutschland-Post“ von „wenigen“ Gegnern spricht. Und das übrige stellt, gelinde ausgedrückt, eine gröbliche Verdrehung der Tatsachen dar. Hat doch gerade der Reichskanzler bei Begründung der Wehrvorlage auf die Gefahr hingewiesen, die uns durch die neue slawische Großmacht, den Balkanbund drohe. Unsere Parteigenossen haben damals schon zum Ausdruck gebracht, daß der Balkanbund kein Gebilde von Dauer sein, wahrscheinlich nie zustande kommen wird.

Wenn wir sehen, wie seitens des Jungdeutschland-Bundes gearbeitet wird, dann sollte es jedem Arbeiter klar sein, daß es seine Pflicht ist, die Kinder des Proletariats fernzuhalten vom Jungdeutschland-Bund und sie der freien Jugendbewegung zuzuführen.

Wie köstlich ist das Reisen... Eine See-Reise nach Dänemark gehört sicherlich in den meisten Fällen zu den Annehmlichkeiten, die man auch den minderbemittelten Volksschichten wünschen möchte, von der sie aber fast gänzlich ausgeschlossen sind. Daß aber eine derartige Reise auch mit mancherlei Schwierigkeiten und Enttäuschungen verbunden sein kann, mußte eine Hamburger Reisesellschaft erleben, die in Stärke von 566 Personen am Dienstag abend spät in Lübeck eintraf, um um 12 1/2 Uhr nachts mit dem Dampfer „Odenburg“ eine Seefahrt nach Kopenhagen anzutreten. Groß war das Erstaunen der Reisenden, als sie am Hafen erfuhren, daß man diesen Dampfer hier überhaupt nicht kenne und daß er auch noch nicht eingetroffen sei. Man wachte den Hafenmeister, doch auch dieser konnte an der Sache nichts ändern. Man entschloß sich schließlich, eine Nachtwanderung durch Lübeck anzutreten, da an eine Unterfunkt zu so später Nachtstunde nicht mehr zu denken war. Am Mittag unternahm viele der Reisenden einen Ausflug in die Umgebung, da der Dampfer mittags noch nicht angelegt war. Endlich, gestern nachmittag gegen 2 1/2 Uhr, traf die „Odenburg“, die keinen besonders komfortablen Eindruck machte, im hiesigen Hafen ein. Ihr Kommen gab weniger zu Ausbrüchen der Freude als zu solchen lebhaften Mißfallens Anlaß. Ein großer Teil der Reisesellschaft hatte sich inzwischen bereits wieder in seine Heimat begeben. Der andere Teil trat abends die Ausreise nach der dänischen Hauptstadt an. Das Hamburger Reisebüro von Käse, Alsterarkaden, hatte die Propaganda für diese Fahrt mit Hindernissen gemacht. Ja, Bergnügungsreisende haben es eben sauer!

Gebote für Badende. Im „Gesundheitslehrer“ gibt Stadtrat Dr. Kugler in Karlsbad folgende hauptsächlichste Gebote für Badende:

Nur körperlich vollkommen gesunde Personen sollen Flußbäder gebrauchen. Man habe nur an Stellen, welche hierzu von den Ortsbehörden bestimmt sind und unter Aufsicht eines Schwimmkundigen stehen; beachte stets Grund und Tiefe des Badesortes.

Man unterlasse das Baden unbedingt nach reichlichen Mahlzeiten als sehr gefährlich; eine zu reichliche Flüssigkeitsaufnahme und jeder Alkoholgenuss ist vor dem Baden besonders zu vermeiden. Man gehe langsam zum Bade, kleide sich langsam aus und nehme erst ein kurzes Luft- oder Sonnenbad bei gut geschütztem, bedecktem Kopfe.

Man bade erst bei wenigstens 16 bis 18 Grad Reaumur Luftwärme und wenigstens 14 bis 16 Grad Reaumur Wasserwärme und erst bei genügender Abhärtung auch unter diesen Temperaturen. Kinder spielen nur unter Aufsicht und in steter Gegenwart Erwachsener baden. Ein Frösteln und Zittern soll nicht eintreten und durch Erwärmung, Ankleiden, Bewegung, Trinken von heißem Tee bekämpft werden.

Luft-, Licht- und Sonnenbäder sollen in nicht zu ausgehörter Zeit genommen werden, unter steter Beobachtung des Körperbefindens. Sie werden zweckmäßig mit Waschungen, Bädern oder Umschlägen verbunden. Ein Übermaß an Besonnung soll vermieden werden.

Man nehme kühle Bäder im Fluße nur auf kurze Zeit, und zwar etwa 5 bis 10 oder 15 Minuten; schwächliche, Blutarme und nervöse Personen sollen noch kürzere Zeit baden und im Frühjahr, Herbst bei kühlem Wetter sollen auch Gesunde nur kurze Zeit baden.

Im Wasser selbst reibe man sich den Körper mit der Hand gründlich ab und befeuchte den Kopf öfters mit Wasser. Schwimmer, welche die Schwimmprüfung bestanden haben, sollen nicht zu lange, nicht zu andauernd schwimmen, sondern allmählich die Schwimmleistung steigern und selbst nicht überstreben. Das Tauchen soll nur im Beisein geübter Schwimmer erfolgen. Das Kopfspringen darf nur von geübten Schwimmern an sicheren Stellen und entsprechender Tiefe geübt werden.

Die Schlägereien im Travemünder Zug, über die wir gestern berichteten, hatten keine Viehhändler, sondern Frauen zum Urheber, die als Loshändlerinnen auf dem Travemünder Rennen mit dem in gleichen Anteil befindlichen glücklichen Gewinner des verlorenen Pferdes in Streit geraten waren, als sie von ihm eine besondere Gratifikation verlangten. Die Sache wird wohl noch ein gerichtliches Nachspiel erhalten.

Säuglingsfürsorgestelle II. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag von 2-3 1/2 Uhr nachmittags Schwartzauer Allee 44a statt.

Die öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Barade 1). Die Sprechstunde am Freitag dieser Woche fällt aus.

In Vertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Dr. Stoos hat Senator H. Ewers den Vorsitz in der Baudeputation, Senator Fr. Ewers den Vorsitz in der Behörde für Travemünde übernommen.

Ein Unfall ereignete sich heute vormittag kurz vor 11 Uhr in der mittleren Hüßstraße. Dort wollte beim Hause Nr. 77 eine Gemüsehändlerin mit einem Korb Stachelbeeren in der Hand die Straße überqueren, als von der einen Seite die Straßenbahn und von der andern ein Auto heran kam. Die Frau wurde vom Auto, dem sie nicht mehr ausweichen konnte, umgestoßen und zog sich dabei Verletzungen an den Händen zu; auch wurde ihr das Zeug zerrissen und die Stachelbeeren auf den Fahrdamm gestreut.

Ein Hofegger-Vortrag im Gewerkschaftshaus.

Der Sekretär des Arbeiterbildungsvereins in Leipzig, Genosse G. Hennig, wird morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses über Peter Hofegger — den bekannten österreichischen Dichter, der heute 70 Jahre alt geworden ist — einen Vortrag und Rezitationen halten. Dem Genossen Hennig, der auch Redakteur des „Bibliothekar“ ist, geht der Ruf eines guten Redners und literarischen Sachkenners voraus. Wir können den Genossen und Genossinnen den Besuch des Vortrags nur empfehlen.

Lübecker Sommertheater. Man schreibt uns: Nun werden Freitag abend auch hier im Sommertheater die längst im Volke bekannten Melodien aus „Wuppchen“ erklingen und zwar zum Ehrenabend des hochverdienten Künstlers Jul. Seydewitz, der in all seinen Leistungen, namentlich auch während des Sommers, gezeigt hat, was für eine glänzende Kraft er für das Theater ist. Herr Dir. Albert hat ihn denn auch wieder für nächsten Sommer als Oberregisseur und 1. Komiker verpflichtet. Möge er morgen abend den Dank des Publikums finden, den er in so reichem Maße verdient. Er wird uns noch mit manch schöner Leistung erfreuen.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurden ein Schlosser und ein Arbeiter, die in hiesiger Stadt in aufdringlicher Weise mit Postkarten handelten, ohne im Besitze des dazu nötigen Gewerbebescheines zu sein. — Festgenommen wurde ein mehrfach mit Zuchthaus vorbestrafter Arbeiter wegen Diebstahls.

Schwartzau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Freitag, dem 1. August, von 5-8 Uhr nachmittags, im Lokale der Frau Pinkert, Gasthof „Tranzvaal“, statt.

Hamburg. Wer bezahlt die Luxusfabriken? Bei dem Streit um die Erhöhung der Quote am Auswandererverkehr erfährt man allerlei Interessantes. Das Erstauflage ist aber jedenfalls, daß Luxusfabriken, Wintergärten, Schwimmbad usw. nicht von den Erbklassigen, sondern von den Zwischendeckern bezahlt werden. Über die Gründe, die die S.-M.-L. bestimmen, die Erhöhung der Quote zu fordern, schreibt die konservative „Deutsche Tageszeitung“, ein Blatt, das sicher nicht unternehmerfeindlich genommen ist:

„Die Hamburg-Amerika-Linie, die ein Kapital von fast 100 Millionen in drei Riesendampfern gesteckt hat, von denen der eine bereits die Senation des Atlantischen Ozeans bildet, möchte die Verzinsung des Kapitals sicherstellen, was nur durch eine Vermehrung des Auswandererverkehrs geschehen kann. Wenigstens glaubt die Hapag nach den Erfahrungen der ersten Reise, daß allein eine größere Verfrachtung von Zwischendeckern nach der Union das Defizit der Luxusfabriken mit Renommierbad und dem lustigen Wintergarten decken kann.“

Also die Auswanderer des Zwischendecks, die Allerärmsten, die wie das Vieh auf den Schiffen zumal gepfercht werden, sind es in Wahrheit, die mit ihren geringen Ersparnissen nicht nur die Kosten ihrer eigenen Überfahrt, sondern daneben auch die Luxusfabriken für die Reichen bezahlen müssen! Wir erleben hier ein ähnliches Schauspiel wie auf der Eisenbahn, bei der bekanntlich auch die vierte Wagenklasse überschülft abwirft, während die erste und zweite Klasse ein gemäßigtes Defizit bringen, so daß die Reisenden auf Posterbänken ihre Bequemlichkeit in Wahrheit auf Kosten der in der vierten Klasse zusammengequetschten Arbeiterbevölkerung genießen. Nur daß bei dem ins Wahnsinnige gesteigerten Luxus der modernen Riesenschiffe der Kontrast noch viel schreiender wirkt.

Hamburg. Beraubt und in die Elbe geworfen wurde in der Nacht zum Mittwoch um 2 Uhr der holländische Erbarbeiter Jan Rakker, der auf Waltershof, Wohnbarade 2, logierte. Als er den Eingang zum Fahrponton am St. Pauli Markt- und Landungsplatz passierte, wurde er plötzlich von fünf unbekannten Personen überfallen, zur Erde geworfen und ausgeraubt. Während einige der Täter ihn an Armen und Beinen festhielten, zogen ihm die andern die Stiefel aus und plünderten ihm die Taschen aus. Nach vollführtem Raub nahmen die Täter ihr Opfer in ihre Mitte und warfen den Ausgeraubten in die Elbe. Während die Räuber in der Richtung nach Altona zu entkamen, rettete sich Rakker durch Schwimmen. Es sind ihm eine Riedeltasche, Uhr (Sinterdeckel mit einem Gebäude mit zwei Türmen verziert), ein ledernes Portemonnaie mit 30 M., sein Filzhut und ein Paar neue gelbe Schnürschuhe geraubt.

Hamburg. Zum Streik der Hamburger Werftarbeiter. Am Dienstag nahm eine von über 5000 Personen besuchte Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Hamburg des deutschen Metallarbeiterverbandes, die in den beiden großen Sälen des Sagebiel'schen Etablissements stattfand, zu dem außerordentlichen Verbandstag Stellung. In der Debatte wurde die Stellung des Vorstandes zu der Werftarbeiterbewegung scharf kritisiert. Die Mehrzahl der Mitglieder habe bestimmt geglaubt, der Vorstand werde den Streik genehmigen. Er habe kein Recht, die Bestände der Lokalkassen mit Beschlag zu belegen. Wenn die in den Landbetrieben beschäftigten Kollegen die freiwillige Unterstützung nicht aufgebracht hätten, wäre die Bewegung schon zu Ende. Man solle Kollegen zur Generalversammlung schicken, die dafür eintreten, daß aus dem § 33 des Statuts das Wort „jedwede“ gestrichen werde, das dem Vorstand die Handhabe zu seinem Vorgehen gegenüber dem Verfügungsrecht über die Lokalkassenbestände biete. Unter lebhaftem Beifall wurde von einem Redner aufgefördert, daß auf keinen Fall jemand die Vorgänge der letzten Wochen zum Anlaß nehme, aus dem Verbande auszutreten. Nachdem sich auch die übrigen Werkstoffe, trotzdem sie wußten, daß die Unterstützung verweigert werde, der Bewegung angeschlossen hatten, mußten der Vorstand und die Generalversammlung einsehen, daß hier Verhältnisse vorliegen, die aus den bisher geltenden Grenzen hinausgewachsen seien. Auf die Lokalkassen habe der Vorstand keinen Anspruch. Damit er die Arbeitslosenunterstützung nicht verweigern könne, müsse der § 33 geändert werden. Eine ganze Reihe weiterer Redner schloß sich dieser Kritik an. Die Mehrheit war darüber einig, daß das Statut den Verhältnissen nicht mehr angepaßt sei. Nur ein Redner verteidigte den Vorstand, der sich korrekter an das Statut gehalten habe. Folgende Entschließung wurde gegen eine Stimme angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung spricht dem Hauptvorstand die vollste Mißbilligung über sein Verhalten im Kampfe der Werftarbeiter aus. Weiter weist die Versammlung den Eingriff des Hauptvorstandes in das Verfügungsrecht über die Lokalkassen energisch zurück.“

Altona. Bezirksorganisation Schleswig-Holstein. Der Vorstand der Bezirksorganisation veröffentlicht seinen Jahresbericht. Danach ist die Mitgliederzahl von 50 450 auf 50 169, also um 281, gesunken. Neben dem ungünstigen Zeitpunkt des Jahresabchlusses, der äußerst schlechten Geschäftskontunktur in vielen Orten der Provinz, ist der Rückgang in erster Linie dem Umstande geschuldet, daß in dem Ortsverein Altona bei einer Neuaufstellung der Mitgliederliste 1700 Mitglieder wegen säumiger Beitragszahlung gestrichen wurden, die längst eigentlich nicht mehr hätten geführt werden dürfen. Darum gibt der Mitglieder-Rückgang zu Bedenken keinen Anlaß. Als Parteizugang kommen für den Bezirk die „Schleswig-Holst. Volksg.“, die „Stensburger Volksg.“ (Kopfbild), das „Gamb. Echo“ und

Der „Lübecker Volksbote“ in Frage. Diese Zeitungen haben in Bereiche der Bezirksorganisation eine Abonnentenzahl von 45 291. Abonnenten gewonnen hat nur die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ und zwar 764, die übrigen Zeitungen haben einen kleinen Verlust. Besonders eifrig wird bei dem stark agrarischen Charakter der Provinz — die Hälfte der Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig — die Landagitation betrieben. Die Leserszahl der monatlich erscheinenden „Schleswig-Holsteinischen Landpost“ stieg von 25 405 auf 26 514. Insgesamt wurden 335 000 Exemplare dieser Zeitung verbreitet. Der Landarbeiterverband, der Ende 1911 in 44 Ortsgruppen 1472 Mitglieder hatte, zählt jetzt in 60 Ortsgruppen 2119 Mitglieder. Die Landtagswahl brachte in der Provinz 800 sozialdemokratische Wahlmänner mehr als 1908. Im Kieler Kreise war das Wahlergebnis so günstig, daß selbst bei dem jetzigen Dreiklassenwahlrecht die Eroberung des Kreises durch die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit zu erwarten ist. Durch die Kommunalwahlbeteiligung wurde die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten von 46 auf 73, die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher von 191 auf 215 erhöht. Während die Kasse des Bezirksvorstandes vom Parteivorstand einen Zuschuß von 8900 Mk. erhielt, lieferten die Kreisorganisationen des Bezirkes insgesamt 33 697,69 Mk. an die Partekasse ab. Der Bezirksbildungsausschuß hat sich für die Ermöglichung von

wissenschaftlichen und künstlerischen Abenden in kleinen Orten äußerst nützlich und erfolgreich betätigt.

Mitona. Als Mörder verhaftet. Der „Stellinger Lokalanzeiger“ berichtet unterm 29. Juli aus „Schnellen: Heute morgen wurde hier durch Wachtmeister Faß aus Eidelstedt eine aufföhernde Verhaftung vorgenommen. Es handelt sich um einen Mord, der hier vor reichlich vier Jahren verübt wurde. Am 4. April 1909 (Palmsonntag) fand man die 17jährige Minna Timm, Tochter des Grünwarenhändlers Jochen Timm, Schulstraße, die damals bei dem Bleicher Brath in der Hermannstraße in Stellung war, als Leiche in der Abortgrube des Brathischen Gewebes auf, nachdem die Tote bereits seit drei Tagen verschwunden war. Der Deckel der Grube war beschwert. Ein Mord lag zweifellos vor. Er mußte in der Nacht zum 1. April begangen worden sein. Es wurden damals vielerlei Verdächtige laut und auch ein Gärtnergehilfe Braun wurde verhaftet, aber nach zirkulär vierwöchiger Untersuchungshaft wegen Mangels an Beweisen wieder entlassen. Vor zirka acht Tagen kam nun der Schwiegervater des jetzt 22 Jahre alten Maurers Arthur Ernst zur Polizei und machte die Anzeige, daß sein Schwiegerjohn den Mord vor vier Jahren begangen habe. Die Staatsanwaltschaft leitete darauf eine Untersuchung ein und ordnete die Verhaftung des Ernst an.

Kiel. Der stellvertretende Polizeipräsident als Betrüger. Gegen den Regierungsassessor Dewick, der im April d. J. wegen Betrugs und Erpressung zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden ist, begann gestern auf Verfügung des Reichsgerichts zum zweitenmal, und zwar vor der Ferien-Strafkammer, die Verhandlung. Als neues Moment, womit der Angeklagte, der in Kiel als stellvertretender Polizeipräsident fungierte, seine Tat begründet, macht er die bisher verschwiegene Liebe zu einem mittellosen Mädchen geltend, die er nicht habe überwinden können. Aus diesem Grunde habe er seine Absicht, sich durch eine reiche Heirat zu arrangieren, aufgeben müssen und habe die Gelegenheit ergriffen, von dem hiesigen Fabrikanten B. über 100 000 Mk. zu bekommen und damit seine Schulden zu bezahlen. Von seinem Verhältnis zu dem Mädchen will er bisher mit Rücksicht auf dieses geschwiegen haben. Im übrigen wurde nach Feststellung der bekannten persönlichen Verhältnisse des Angeklagten die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Das Urteil lautete auf 4 Jahre Gefängnis, 1000 Mk. Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: T. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Jeder Käufer kann sich die Geschirre selbst aussuchen!

Bekanntmachung!

Dem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend wird hiermit bekannt gemacht, dass es gelungen ist, von denselben prachtvollen starken

pa. Kochgeschirren mit kleinen Schönheitsfehlern,

wonach fortwährend Nachfrage herrschte, grössere Massen anzukaufen!

Es ist das letzte und beste Quantum.

Es sollten nicht allein diejenigen Herrschaften, welche zurzeit Kochgeschirre usw. usw. benötigen, kaufen, sondern auch im anderen Falle sich diese prachtvollen Geschirre für später sichern!

Heute beginnt dieser Verkauf.

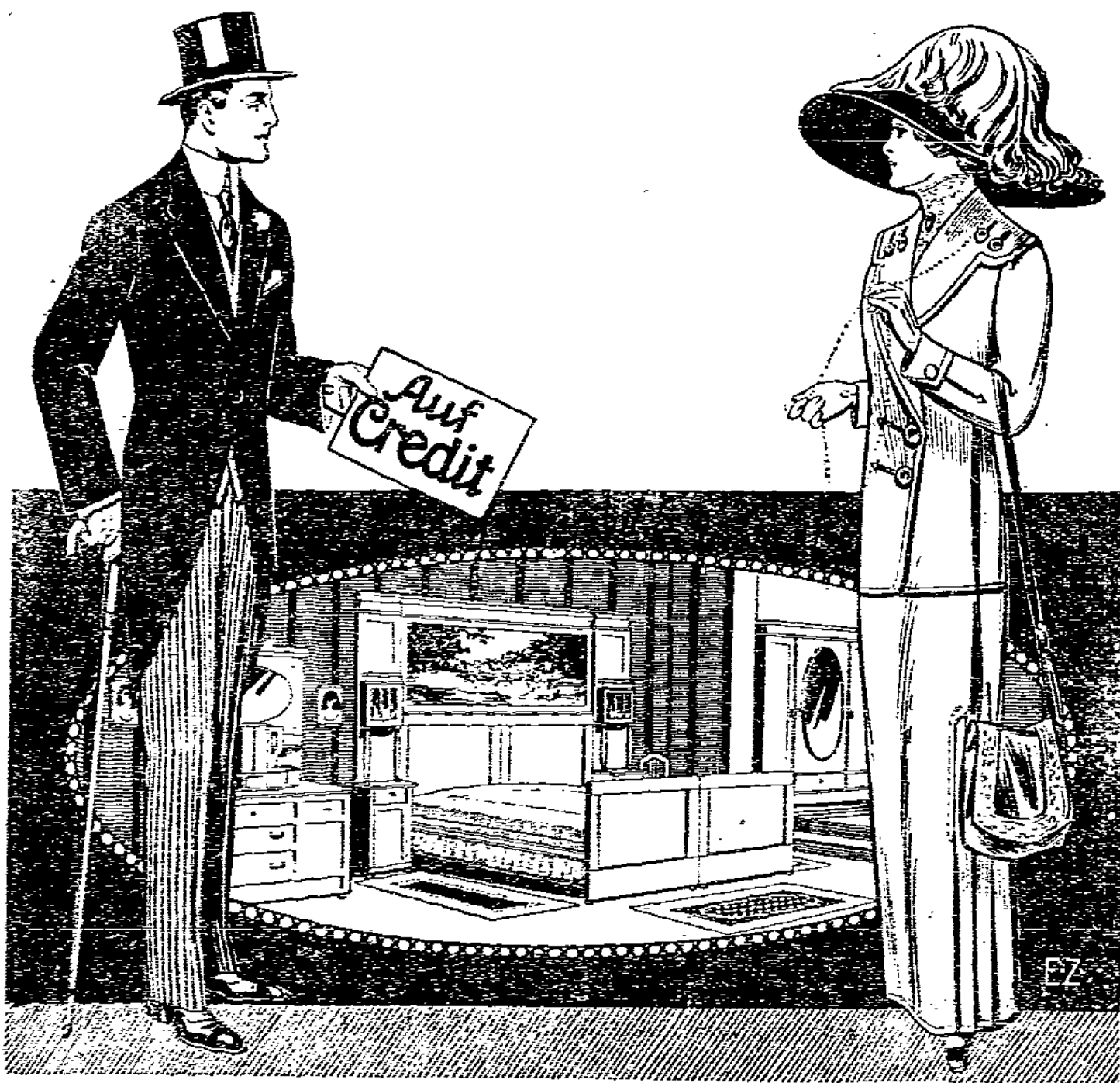
Die Geschirre werden frei ins Haus geliefert!

Emaile-Verkaufshalle, Mengstraße 18, früher Café Central.

Nahe der Markthalle.

5805

Achtung! Wirtschaftsbetriebe, Pensionate, Verlobte usw. Achtung!



Auf Teilzahlung

in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Einzelne Möbel in jeder Preislage.

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

von 295 Mark an.

Herrn-, Damen- u. Kinder-Garderoben in großer Auswahl.

Kinderwagen, zusammenklappbare Sportwagen.

Siegfried Ittmann,

Breite Strasse 33, 1. Etage.

5812

Albert Meincke, Lübeck Saison-Ausverkauf!

Große Preisermäßigungen.

Kostümrocke, Blusen, Damenpaletots u. Mädchenjacken, Knabenanzüge und Pyjacks für den halben Wert.

Reste in allen Abteilungen enorm billig.

Beachten Sie meine Schaufenster.

5814

Albert Meincke,

Aegidienstraße 15, Ecke Königstraße.
Beckergrube 36, Ecke Kupferschmiedestraße.
Adlerstraße 34, Ecke Klappstraße.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck **Otto Albers** Kohlm. Markt 4 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen	2.20—6.45
Maurerhosen	2.60—6.75
Schlofferhosen	1.88—5.25
Überziehhosen	1.08—2.35
Zwinn-Hosen	1.68—3.25

leimene Jacken, Schräge u. gerade, 1.28, Kagen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lübecam.

Holsten-Meierei

Fernruf 2336 Wischestr. 44 empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185)

Ad. Häber, Uhren- u. Goldwarenwerkstatt, (168) Fürsthausen 12.

Koks Kohlen Briketts

in bekannten erstklassigen Qualitäten

Heinrich Diestel.

5799

Hunderttausend Bahnarbeiter vor dem Kampfe.

Man schreibt uns aus Newyork:

Die Vereinigten Staaten werden, wenn nicht alle Zeichen trügen, binnen wenigen Tagen einen Eisenbahnerstreik von riesigen Dimensionen erleben, der, wenn er nur achtundvierzig Stunden dauern sollte, unübersehbare Folgen für das Wirtschaftsleben der Nation haben müßte. Rund hunderttausend Kondukteure, Bremser und Signalgeber haben den 52 Eisenbahngesellschaften im Osten des Landes Lohnforderungen unterbreitet und für den Fall der Weigerung der Bahnmagnaten, in ehrliche schiedsgerichtliche Verhandlung zu willigen, den Generalkstreik beschlossen. In geheimer Abstimmung entschieden sich gut neunzig Prozent der Arbeiter für eventuelle Streikerklärung, und 1000 lokale Vertrauensleute der beiden beteiligten Verbände — des „Ordens der Bahnkondukteure“ und der „Brüderschaft der Zugangestellten“ — ratifizierten den Beschluß am 12. Juli in geheimer Versammlung zu Newyork. Daß die Versammlung „geheim“ war, hinderte übrigens nicht, daß der Applaus, der die Verkündigung des Abstimmungsergebnisses begleitete, dröhnend in die Deffentlichkeit hinausdrang und im Umkreise mehrerer Häusergevierte hörbar war. Auch den Bahnmagnaten dröhnte der Streikbeschluß in die Ohren, mit dem Erfolge, daß diese mächtigsten und rücksichtslosesten Kapitalisten, die wahren Beherrscher der Republik, jetzt mit einem Male fanden, daß sich über die Forderungen verhandeln lasse, nachdem sie monatelang den hochfahrendsten Herrenstandpunkt markiert hatten. Freilich hatten sie Ausfahrungen an dem geltenden Bundes-Schiedsgerichts-Gesetzes — der Erdman-Akte — dem die Arbeiter sich zu unterwerfen bereit waren. Ein auf Grund dieses Gesetzes gebildetes Schiedsgericht hatte nämlich den Lokomotivführern derselben Bahngesellschaften im Mai 1912 und danach den Heizern mehr gegeben, als den Eisenbahnkönigen recht war, und so erhoben sie, vielleicht nur in der Absicht, Zeit zu gewinnen, den Ruf nach Aenderung dieses Gesetzes. Um des lieben Friedens willen und in der Ueberzeugung von der Gerechtigkeit ihrer Forderungen schlossen sich die Arbeiter der kapitalistischen Petition um Abänderung der Erdman-Akte an, und der Bundestongress in Washington erklärte denn auch, nachdem der aus der Sommerfrische herbeigekehrte Präsident Woodrow Wilson in einer Konferenz der Bahnpräsidenten und Arbeitervertreter einen Waffenstillstand herbeigeführt hatte, die Erdman-Akte durch die „Newlands-Bill“. Diese überläßt es, ebenso wie das frühere Gesetz, dem Belieben der streitenden Parteien, ob sie sich einem Schiedsgericht stellen wollen, jedoch bleiben beide Parteien, nachdem sie einmal ihre Bereitwilligkeit hierzu erklärt haben, durch den Befund des Schiedsgerichts gebunden. Amendiert ist das alte Gesetz in Bezug auf die Zusammensetzung des Schiedsgerichts, das fortan nicht mehr aus drei, sondern aus sechs Personen besteht und eine bürokratische Behörde bildet. Ein inzwischen vom Präsidenten bereits ernannter, in wirtschaftlich-sozialen Fragen ganz unschuldiger Bundesrichter präsidiert der neuen, permanenten Schiedsbehörde, die im übrigen noch aus einem Assistenten des Vorsitzenden, zwei anderen Bundesbeamten als Beisitzern und aus je einem Vertreter der beiden Parteien besteht. Der Präsident des Schiedsgerichts, der ein Gehalt von 7 500 Dollar bezieht, darf nach den Bestimmun-

gen des Gesetzes in keinerlei Beziehung zu irgendeinem sonstigen Zweige der Bundesregierung stehen, eine Vor-schrift, die ihre Spitze gegen den Bundes-Arbeitskommissär Wilson richtet. Der Inhaber des neugeschaffenen Arbeitsministeriums ist als ehemaliger Arbeiter und vorbestrafter Streikführer den Kapitalisten nämlich immer verdächtig. Es ist klar, daß ein so zusammengesetztes Schiedsgericht mit einer kompakten Mehrheit von bürokratischen Richtern, die gesellschaftlich Fleisch vom Fleische der kapitalistischen Klasse sind, den Arbeitern in jedem Falle ungünstiger sein muß, als ein auf Grund des Erdman-Gesetzes gebildetes Gericht. Dazu kamen aber auf sozialistischer Seite noch Bedenken anderer Art, die durch das Vorgehen der Bahnkapitalisten am Morgen nach Annahme und Unterzeichnung der Newlands-Bill eine drastische Rechtfertigung erfuhren. An jenem Morgen rühten die Bahngesellschaften mit einer offenbar wohlpraparierten Erklärung heraus, worin sie ihrerseits ebenfalls Forderungen aufstellten, deren Mitverhandlung vor dem Schiedsgericht sie als eine Bedingung ihrer Unterwerfung unter einen Schieds-spruch überhaupt bezeichnen. Dieser Schachzug erfolgte, wohl gemerkt, nachdem man die Mitwirkung der Arbeiter zur Durchsetzung der Newlands-Bill in Anspruch genommen hatte und ohne daß man den Arbeitervertretern auch nur Andeutungen gemacht hatte über die Absicht, dem modifizierten Schiedsgericht nachträglich kapitalistische Gegenforderungen zuzuschreiben. Die Entrüstung der Eisenbahner war um so größer, als diese Gegenforderungen auf nichts anderes als eine Lohnreduktion für die Bremser um volle zwanzig Prozent und überhaupt auf eine allgemeine Lohnminderung herauslaufen. Natürlich hätten die Arbeiter, wenn sie sich dieses Streiches versehen hätten, niemals daran gedacht, dem hinterlistigen Bahnpräsidenten Klügel bei der Schaffung eines permanenten Schiedsgerichts nach den Ideen des Senators Newlands zu sekundieren, oder sich überhaupt einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Allerdings kann man die Leiter der Gewerkschaften, die trotz aller Warnungen der ihre Pappenheimer kennenden Sozialisten auf das Schiedsgerichts-Experiment einmal eingingen, von dem Vorwurf der Kurzsichtigkeit nicht freisprechen. Der Verdacht liegt nun nahe, daß es sich bei den „Gegenforderungen“ der Bahnen nur um einen ersten Vorstoß der Kapitalisten handelt und daß diese es letzten Endes darauf abgesehen haben, die Arbeiter, die garnicht anders können, als schiedsgerichtliche Lohnreduktionen abzulehnen, vor der öffentlichen Meinung ins Unrecht zu setzen und Stimmung für ein Zwangs-Schiedsgericht zu machen. In jedem Falle hat es ganz den Anschein, als ob unter den Bahnkapitalisten wieder die Herrenmenschen Oberwasser gewonnen haben und diese nur einen Vorwand suchen, es doch noch zum Streik kommen zu lassen. Dann ist es aber auch vollkommen sicher, daß sie ihren Willen haben werden. Die Mitgliedschaft der beiden Eisenbahnerverbände war bereits zwei Tage nach Veröffentlichung der kapitalistischen Gegenforderung durch hunderttausend Flugblätter angewiesen, sich zum Kampfe bereit zu halten. Dem bürgerlichen Publikum Newyorks vor allem ist die Aussicht auf eine allgemeine Lahmlegung des Bahnverkehrs natürlich recht unbehaglich, und in der Tat müßte sich die Metropole für diesen Fall bald auf eine allgemeine Hungersnot und auf Beschäftigungslosigkeit Hunderttausender von Menschen als Folge der Störung zahlreicher Betriebe einrichten. Der Bahnkapitalismus spielt ein verwegenes Spiel!

Gewerkschaftsbewegung.

Der Landarbeiterverband im Jahre 1912. Wie sehr die Organisation der Landarbeiter die Aufmerksamkeit der Gegner erregt, geht daraus hervor, daß die Gegner schon über einen Rückgang der Organisation frohlockten, weil die Zahl der Ortsgruppen mit Abschluß des Jahres 1912 eine Verringerung gegenüber dem Vorjahre aufwies. Wie aus dem Bericht des Vorstandes hervorgeht, hat sich zwar die Anzahl der Ortsgruppen verringert, weil viele, die weniger als 10 Mitglieder zählten, aufgelöst und diese Mitglieder den Gauleitern als einzelne Mitglieder überwiesen wurden. Die Zahl der Mitglieder selbst aber ist von 15 696 auf 18 147 gestiegen. Auf die einzelnen Gauggebiete verteilt sich die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1912 wie folgt: Provinz Brandenburg 1432, Mecklenburg und Pommern 3445, Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringische Staaten 4080, Bayern rechts des Rheines 2345, Württemberg und Südwestdeutschland 2322, Schleswig-Holstein, Hannover und Oldenburg 3037, Provinz Schlesien 640, Ostpreußen und nördliches Westpreußen 740, Provinz Posen und südliches Westpreußen 116. Wie die Organisationsleitung befundet, hatte sie allerdings damit bestimmt gerechnet, am Schlusse des Jahres 1912 die Zahl von 20 000 Mitgliedern zu überschreiten. Das ist nicht eingetroffen; verschiedene Umstände sprechen hierbei mit. Die Hauptsache ist die, daß die wenigen Gauleiter sich nicht so der Gewinnung neuer Mitglieder widmen konnten, wie das notwendig war. Die Gauleiter hatten auch erhebliche Arbeit mit Lohnbewegungen. Dazu kommt noch, daß im Jahre der Reichstagswahlen die Agrarier einzelner Gegenden, besonders die in Mecklenburg, eine maßlose Hege gegen den Verband einsetzten, wodurch einzelne ängstliche Mitglieder wankelmütig wurden und aus dem Verband austraten; die meisten haben jedoch den Weg zum Verband wieder gefunden. Nicht allein die Mitgliederzunahme beweist den Fortschritt der Organisation, sondern auch die Gegenüberstellung der vereinnahmten Beiträge im Jahre 1912 zu denen 1911. Während 1911 an Monatsbeiträgen rund 60 000 M. eingenommen wurden, betrug diese Einnahme im Jahre 1912 über 81 000 Mark. Die Gesamteinnahmen der Organisation betrugen 84 468 M., die Ausgaben 80 793 M. Unter den Ausgaben steht die für Agitation an erster Stelle, es wurden über 21 000 M. dafür in Anspruch genommen. Für Krankenunterstützung wurden 11 675 M., für Maßregelungsunterstützung und Sterbegeld 3174 M., für Lohnbewegungen 1359 M., für Rechtschutz 5880 M. verausgabt. Von den Gesamteinnahmen aus Eintrittsgeldern und Beiträgen wurden nicht weniger als 58 % den Mitgliedern wiederum in Form von Unterstützung, Befreiung der Zeitung usw. zurückgezahlt. Im Jahre 1912 wurden an verschiedenen Orten Lohnbewegungen durchgeführt, bei denen erhebliche Arbeitsverbesserungen von 2 M. pro Woche, in einzelnen Fällen bis zu 4 M. erreicht. Das wichtigste Gebiet der Verbandstätigkeit ist, wie schon der hohe Ausgabenposten ausweist, der Rechtschutz. Hierbei lernen die Agrarier den Wert der Landarbeiterorganisation am besten kennen, natürlich in einer für sie unangenehmen Weise. Wie der Rechtschutz bei den Agrariern wirkt, schilderte einmal recht drastisch ein Mitglied, das bei einem mecklenburgischen Agrarier in Stellung war und sich an den Verband um Hilfe wenden mußte, weil es seinen Lohn nicht richtig erhalten hatte. Das Mitglied schrieb wörtlich: „Das hätte ich sehen sollen, wie der Erbpächter den Brief erhalten hatte. Auf dem Hofe ist er Galopp geritten und nahm bald die Hauseden mit, um mich zu suchen. Als er mich gefunden hatte, schrie er mich mit rotem Kopf an: Wie kannst du mir von Deinem roten Verband einen solchen Brief schreiben lassen? Nun zahle ich erst recht nichts. Ich ließ ihn schimpfen und tobte und sagte nur, der Verband wird es schon machen. Schließlich ging der Erbpächter mit wütendem Geschimpfe los. Aber am anderen Morgen, als er ausgeschlafen hatte, bekam ich meinen Lohn ausbezahlt. Er sagte dabei nur, er habe sich überlegt. — über 1000 Rechtschutzfälle hatte der Verband im Jahre 1912 zu verzeichnen, wo zur Klage geschritten werden mußte, konnten 50 % der Fälle mit Erfolg für die Landarbeiter beendet werden. Aus alledem ist ersichtlich, daß der Landarbeiterver-

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Heine.

44. Fortsetzung) (Nachdruck verboten.)

XXVII.

Marcella hatte den Müller am Fuße des Hügels erwartet, wie er ihr ausdrücklich empfohlen. Punkt zwei Uhr sah sie ihn in ein recht schattiges Gehege eintreten — er winkte ihr, ihm zu folgen. Nachdem sie einen jener bäuerlichen Gärten durchschritten, die so wenig gepflegt werden und folglich so hübsch, so dicht und grün sind, glitt sie unter den Hecken hinweg und trat in den Hof einer jener armen Strohhütten des Schwarzen Tales ein.

Der Hof war zwanzig mal sechs Fuß groß, auf der einen Seite von dem Häuschen abgegeschlossen, auf der andern von dem Garten und an jedem Ende von einem Schuttdach aus Reisig, mit Stroh bedeckt, das einigen Hühnern, zwei Schafen und einer Ziege als Zuflucht diente — der ganze Reichtum des Mannes, der von der Hand in den Mund lebt und nichts besitzt, nicht einmal das gebrechliche Häuschen, das er bewohnt und das Flecken Erde, das er bearbeitet — er ist in Wahrheit der Proletarier auf dem Lande. Das Innere des Hauses war ebenso elend als der Eingang, und Marcella war tief gerührt, als sie sah, mit welcher peinlichsten Sauberkeit der Mut der Frau mit dem Schreden der Not und des Glends ankämpfte. Der unebene Boden war ohne ein Staubhorn, und die zwei oder drei armen Möbelstücke waren hell und glänzend wie Lackert. Das irdene Küchengeschirr an der Wand und auf dem Fußboden war sauber gewaschen und sorgfältig aufgestellt. Bei der Mehrzahl der Bauern des Schwarzen Tales verbißt sich das wirkliche, vollstündigste Elend in edler verschwiegener Weise unter jenen gewissenhaften Gewohnheiten der Ordnung und Sauberkeit. Darin ist die ländliche Armut rührend und ergreifend. Gern würde man bei diesen Vermögen der Armen wohnen. Nicht Abscheu stößt sie ein, sondern Interesse und eine Art Ehrfurcht. Ach, wie wenig brauchen sie doch von dem Ueberflusse des Reichtums, um die Bitterkeit und Herbitheit ihres Lebens aufzuheben zu nahen, die sich unter dem Schein poetischer Ruhe verbergen!

Diese Gedanken machten Marcella im Herzen betreffen, als die Pauline ihr entgegenkam — mit einem Kinde auf dem Arm und drei anderen, die sich an ihr Kleid hängten. Alle waren sie in frischen, sauberen Sonntagkleidern. Die Pauline war noch jung und schön, obgleich verweilt durch die

Mutterchaft und die Entbehrung der dem Leben notwendigen Dinge. Nie ein Stückchen Fleisch, nie ein Gläschen Wein, nicht einmal ein wenig Gemüse für ein Weib, das arbeitet und einem Kinde die Brust reicht! . . . Doch die Kinder hätten dem Kinde Marcellas noch von ihrer Gesundheit abgeben können, und die Mutter hatte ein gültiges, vertrauensvolles Lächeln auf den bleichen, welken Lippen . . .

„Treten Sie ein und setzen Sie sich, Frau“, sagte sie, indem sie ihr einen strohgeflochtenen Stuhl anbot, dessen Sitz bedeckt war mit einer Serviette aus gut gewaschenem groben Hanfsinnen. „Der Herr, der Sie erwartet, ist schon gekommen, und da er Sie nicht vorgefunden, ist er wieder auf das Fest gegangen, aber er wird gleich zurückkehren. Wenn ich Ihnen nur inzwischen etwas anbieten könnte! . . . Hier ein paar frischgepflügte Pflaumen und Haselnüsse. Nun, Ludwig, du nimmst doch eine Frucht aus meinem Garten — auch du? Ich möchte dir gar zu gern ein Glas Wein anbieten, aber wir ziehen keinen, wie du ja weißt, und wenn du nicht wärst, würden wir nicht einmal immer Brot haben.“

„Sie sind sehr arm?“ fragte Marcella, indem sie ein Goldstück in die Tasche des kleinen Mädchens gleiten ließ, das mit Verwunderung ihr Kleid aus schwarzer Seide streichelte. „Und Ludwig, der selbst nicht sehr reich ist, steht Ihnen noch bei?“

„Er . . .?“ antwortete die Pauline. „Er hat das beste Herz unter Gottes Sonne! Ohne ihn wären wir schon in drei Wintern vor Hunger und Kälte umgekommen. Aber er hat uns Korn und Holz gegeben, er leiht uns seine Pferde, damit wir wallfahren können, wenn jemand von uns krank ist . . .“

„Jetzt ist's schon mehr denn genug, Pauline, um mich für einen Heiligen auszugeben“, unterbrach sie der Müller. „Es ist wirklich schön von mir, einen so guten Arbeiter wie deinen Mann nicht im Stich gelassen zu haben!“

„Ein guter Arbeiter!“ antwortete die Pauline kopfschüttelnd. „Mein armer Mann . . . Herr Briskolin behauptet überall, er sei ein Feigling, weil er nicht stark genug ist.“

„Aber er tut, was er kann. Ich . . . ich habe die Leute mit gutem Willen gern. Deshalb gebe ich ihm auch Beschäftigung.“

„Und das bringt Herrn Briskolin auf den Gedanken, daß du ntem-Is reich werden wirst und du keinen gefunden Menschenverstand hast, weil du Leute von schlechter Gesundheit beschäftigst.“

„Ach . . . wenn niemand sie beschäftigt, werden sie also vor Hunger sterben müssen? Das ist mir eine schöne Ver-nunft!“

„Aber Sie wissen doch“, sagte Marcella traurig, „Sie wissen doch die Moral, die Briskolin daraus zieht: Um so schlimmer für Sie!“

„Fräulein Rosa ist mehr wie gut“, begann die Pauline wieder. „Wenn sie könnte, würde sie den Unglücklichen auch helfen. Aber sie vermag nichts, das arme Fräulein, als im Geheimen ein Stückchen Weißbrot herzubringen, das ich meinem Kleinen ins Süppchen broden kann. Und das noch wider meinen Willen. Denn wenn die Mutter sie sähe . . .! O, die hartherzige Frau . . . Aber die Welt ist einmal so. Es gibt Böse und Gute. Ach, da kommt ja Herr Tailand! Ihr werdet nicht lange zu warten brauchen.“

„Du weißt doch, Pauline, was ich dir anbefohlen?“ sagte der Müller, indem er den Finger auf die Lippen legte.

„O . . .!“ antwortete sie, „ich würde mir lieber die Zunge abbeißen, als ein Wörtchen verraten.“

„Weil, siehst du . . .“

„Du brauchst mir das Wie und Warum nicht erst lange zu erklären, Ludwig. Es genügt, wenn du mir zu schweigen befehlst. Nun, Kinder“, wandte sie sich an die Kleinen, die in der Tür spielten. „Wir wollen ein bißchen aufs Fest gehen und gucken.“

Die Dame hat deiner Kleinen ein Goldstück in die Tasche gesteckt“, raunte Ludwig ihr ins Ohr. „Deine Verschwiegenheit will sie damit nicht bezahlen — sie weiß ganz gut, daß du die nicht verkaufst. Aber sie hat gesehen, wie sehr du in Not bist. Nimm es an dich, das Kind möchte es verlieren, und danke ihr nicht. Die Dame liebt Komplimente nicht, denn sie hielt sich versteht, als sie dir aus Mitleid ein Geschenk machte.“

Tailand war ein ehrlicher Mann, sehr tätig für einen Bewohner aus Berri und ziemlich gewandt in Geschäften. Nur liebte er die Bequemlichkeit ein wenig. Ein guter Sessel, ein hübsches Frühstück, eine lange Mahlzeit, recht warmer Kaffee und ein kostbarer Weg für sein Kabriolett — das war so sein Fall.

Aber von allem war auf dem Fest von Blanchemont nichts zu finden. Und doch — wenn er auch ein wenig auf die ländlichen Vergnügen schimpfte, so blieb er doch gern den ganzen Tag dort, um dem einen kleine Dienste zu erweisen und mit dem anderen seine Gespräche zu erledigen. In einem viertelstündigen Gespräch hatte er Marcella die Möglichkeit, ja, die Wahrscheinlichkeit bewiesen, zu einem hohen Preise zu verkaufen. Aber was einen schnellen Verkauf und die bare Zahlung anbetraf, so teilte er doch die Meinung des Müllers nicht.

hand allen Gegnern zum Trost als Gewerkschaftsorganisation rüstig in Reich und Glied mit den anderen gewerkschaftlichen Organisationen marschiert und gleich ihnen für eine wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse mit Erfolg wirkt.

Lohnbewegung der Heizungsmonteure und Helfer von Rheinland und Westfalen. Die Bezirksleitung Düsseldorf des deutschen Metallarbeiterverbandes schreibt uns: Der Streit der Heizungsmonteure und Helfer dauert fort; bei einigen weiteren Firmen haben die Kollegen die Arbeit eingestellt. Die Unternehmer machen krampfhaft Anstrengungen, die Monteure und Helfer zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Zu diesem Zweck haben sie einen neuen Tarifvertrag ausgearbeitet, derselbe wurde aber nicht der Organisationsleitung zugestellt (auscheinend will man die Organisation ausschalten), sondern die Unternehmer haben hier und da versucht, die Monteure und Helfer zur Unterschrift zu bewegen. Die Arbeitnehmer haben aber in richtiger Erkenntnis der Sachlage es überall bis jetzt abgelehnt, diesen Einzelvertrag zu unterschreiben. Es kommt noch hinzu, daß auch dieser von den Unternehmern neu ausgearbeitete Tarif sehr wenig Entgegenkommen zeigt. Sie und da hat man einige Verbesserungen hineingebracht und glaubte vielleicht dadurch, diesen oder jenen düpierten zu können. Bis jetzt ist dies aber nicht gelungen. Einen andern Trick versucht die Firma Behem & Post, Filiale Münster i. W. Diese hat nämlich an einzelne ihrer Leute folgendes Schreiben gerichtet:

„Wir teilen Ihnen mit, daß wir den vom Arbeitnehmer-Verband aufgestellten Tarif für Sie anerkennen und wollen Sie zu diesen Bedingungen die Arbeit fortsetzen.“

Allerdings hat auch dieser Vorzug nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Verschiedene Unternehmer scheinen aber auch mit der Mognahme des Arbeitgeber-Verbandes nicht so recht einverstanden zu sein. Bei Überreichung des neuen Unternehmertarifs wurde nämlich von Arbeitgebersseite gewünscht, man möge sich doch mal an die Bezirksleitung wenden zwecks Verhandlung. Es scheint, als wenn die Arbeitgeber langsam einsehen, daß sie schlechte Berater bei der Angelegenheit gehabt haben. Eine Anzahl weiterer Firmen hat im Laufe der zweiten Streikwoche ebenfalls den Tarif anerkannt, so daß jetzt 85 Monteure und Helfer unter den neuen Bedingungen arbeiten. Im Streit standen am Schlusse der Woche noch 661 Monteure und Helfer. Wir möchten noch darauf hinweisen, daß die Firmen hier und da versuchen, die eilige Arbeit durch Klempner und Installateure fertig zu stellen. Es darf wohl von diesen Kollegen erwartet werden, daß sie Solidarität üben und irgendwelche Arbeit für die Heizungsfirmen, die bis jetzt den Tarif nicht anerkannt haben, verweigern.

Verhaltensmaßregeln für die Unternehmer. Der Unternehmerverband der Papier- und Zellstofffabrikanten hat seinen Mitgliedern eine Anzahl vertraulicher Ratsschlüsse für das Verhalten bei Streiks und Ausperrungen zugehandelt. Der „Proletarier“, das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter, ist in der Lage, diese Ratsschlüsse nebst anderen Vertraulichkeiten aus dem Unternehmerverbande einer weiteren Öffentlichkeit unterbreiten zu können. Die veröffentlichten Ratsschlüsse sind ein so wertvoller Beitrag zur Beleuchtung der Grundfrage und der Taktik der Unternehmerverbände, daß wir sie hier wiedergeben wollen.

- 1. Allgemeine Regeln:
a) Nimm in allen Arbeiterfragen Zählung mit der Fach- und Lokalsozialorganisation des Arbeitgeberverbandes.
Beide Verbände müssen sich gegenseitig in die Hand arbeiten, um drohende Streiks im Keime zu ersticken.
b) Prüfe jede Forderung deiner Arbeiter daraufhin, wie weit du sie nach Lage deines Geschäfts, und ohne deine Berufsgenossen zu schädigen, bewilligen kannst.
Hast du eine Forderung einmal abgeschlagen, so beharre auf deinem Standpunkte.
c) Versuche, in deiner Fabrik einen vaterländischen Werkverein zu gründen, oder deine Arbeiter wenigstens teilweise einem nationalen Arbeiterverbande anzuschließen.
Diese Verbände wollen den Ausstand vermeiden und wollen dir in Streikfällen eine wertvolle Stütze sein.

2. Fall des Ersuchens der sozialdemokratischen, Hirsch-Dunderschen oder christlichen Arbeitervereinigungen um den Eintritt in Verhandlungen mit dem Gewerkschaftssekretär.

- a) Lehne, soweit du vermagst, Verhandlungen mit der Arbeitergewerkschaft oder ihren Führern ab.
b) Verwehre dich darauf, daß die Vereinigung nicht befugt ist, deine gesamte Arbeiterschaft zu vertreten.
Verhandle, soweit du kannst, nur mit der eigenen Arbeiterschaft!
3. Fall des Ersuchens um Abschluß eines Tarifvertrages.
Vermeide den Abschluß eines Tarifvertrages, denn er wird dir keinen Frieden innerhalb deines Betriebes bringen. Die Gewerkschaften, die die Tarifverträge selbst als Kampfverträge bezeichnet haben, werden nach Ablauf der geltenden Verträge neue Forderungen stellen, und du mußt den Frieden eines oder mehrerer Jahre mit neuen Opfern bezahlen.
Die Erfahrung hat gelehrt, daß Ausstände gerade in denjenigen Fabriken auszubrechen pflegen, die mit den Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen haben.

- 4. Fall des Ausbruchs eines Streiks.
a) Sollte ein Streik ausbrechen, so mache sofort der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes Deutscher Papier- und Zellstoff-Fabrikanten und womöglich auch der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Mitteilung unter genauer Darlegung der Ursachen des Streiks und unter Beifügung einer alphabetisch geordneten Liste nebst Geburtsorten und Geburtsdaten der streikenden Arbeiter. Mache auch deinem lokalen Arbeitgeberverbande sogleich Mitteilung.
b) Teile der Geschäftsstelle sofort mit, welche übernommenen Lieferungen dir durch den Ausbruch des Streiks unmöglich werden und für welche Stoffe du event. der Aushilfe durch andere Mitglieder des Arbeitgeberverbandes bedarfst.
c) Benachrichtige, wenn es dir zweckmäßig erscheint, deine Kundschaft von drohenden Schwierigkeiten oder Ausfall der Lieferungen.
d) Benachrichtige die Geschäftsstelle, ob du die Besorgung von Arbeitswilligen wünschst und event. in welcher Anzahl.
e) Erwäge, ob du durch eine völlige Stilllegung des Betriebes die Beendigung des Streiks eher durchsetzen wirst und ziehe event. den Rat der Geschäftsführung bezw. des Vorstandes ein.
f) Teile der Geschäftsführung mit, wie weit nach deiner Ansicht die Aussperrung von Arbeitern in benachbarten Fabriken zur Beendigung deines Streiks beitragen würde.

Von einer Besprechung der einzelnen Anweisungen können wir Abstand nehmen, ihr Zweck und ihre Motive liegen durchweg klar zutage. Immerhin sei auf den Ratsschlag unter c besonders aufmerksam gemacht. Er bildet einen neuen Beleg für die alte Tatsache, daß die Gelben von den Unternehmern bewußt und planmäßig als Streikbrecherhulgarde gegen die Gewerkschaften gegründet und gefördert werden. Diese Tatsache tritt in vertraulichen Anweisungen der Papierfabrikanten offen hervor. Das wird gewisse Leute natürlich nicht hindern, die Gelben auch fernerhin als ein „Produkt des sozialdemokratischen Gewerkschaftsterrors“ hinzustellen.

Generalstreik und Rassenkampf in Südafrika. Unruhigende Nachrichten laufen aus Johannesburg ein. Der Gewerkschaftsbund droht, den Generalstreik zu erklären, weil weder Regierung noch die Grubenbesitzer die Forderungen der Arbeiter bewilligen wollen. Diese Drohung hat bei den Kapitalisten einen panischen Schrecken erzeugt. Wenn man ihren Blättern glauben wollte, so will die Unionregierung innerhalb 48 Stunden einen entscheidenden Schlag gegen die Gewerkschaften führen. Vielleicht handelt es sich um die Verhaftung der Gewerkschaftsführer. Die südafrikanische Regierung hat Buren aus den rückständigsten Landesteilen auf die englischen Bergarbeiter geholt und schon sind eine Anzahl dieser Hinterwälder in den Vorstädten Johannesburg mit ihren Wagen in großer Eile angekommen. Diese Mobilmachung des Rassenhasses von der dem internationalen Grubenkapital gefügigen Regierung wird damit gerechtfertigt, daß man dann das Militär nicht verwenden brauche. Weshalb die bewaffnete Macht notwendig sein soll, ist nicht klar. Für die Arbeiter handelt es sich nur um friedliche Arbeitseinstellung, die ohne Ruhestörung vor sich gehen kann, wenn die Res-

gierung nur will. Die Kapitalistenblätter schreiben, als würde Südafrika vor einer Revolution. Das ist aber nur ein plumper Versuch, ein geplantes ruchloses Verbrechen von vornherein zu rechtfertigen. Wie die „Daily-Citizen“ aus Johannesburg meldet, eruchen die Arbeiter Südafrikas ihre Klassengenossen der ganzen Welt um Hilfe und Beistand. Weitere Nachrichten liegen aus Südafrika nicht vor. Ein ominöses Schweigen!

Streikrührung im Stettiner Hafen. Der Streit der Stettiner Hafenarbeiter rückt in immer greifbarere Nähe. Auf den von den Gemeindeführern eingereichten Entwurf eines Tarifvertrages hat der Oberbürgermeister Ackermann geantwortet, daß die von den städtischen Körperschaften eingesetzte gemischte Kommission für die Gehalts- und Lohnfragen, die in dem Entwurf enthaltenen Forderungen der Arbeiter Anfang September d. J. prüfen und soweit diese gerechtfertigt erscheinen, und wenn nach Lage der städtischen Finanzen die Möglichkeit gegeben ist, bewilligt werden sollen. Von einer tarifvertraglichen Regelung will der Oberbürgermeister nicht viel wissen. Bis Anfang September sei auch das als Unterlage für die Beratung erforderliche Zahlenmaterial von der beteiligten Betriebsverwaltung zu beschaffen. Der Oberbürgermeister hofft, daß auch die jetzt zwischen Stadtverwaltung und Arbeitern herrschenden Meinungsverschiedenheiten über die Bestimmung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht im Wege der Zwangsmaßregeln und Kraftproben ausgeglichen werden mögen. Die städtischen Behörden hätten es bisher an Wohlwollen den Gemeindeführern gegenüber erlassen, das sei jetzt ebenfalls der Fall. Demgegenüber erklären die städtischen Hafenarbeiter, der Vertrauensmüde zu sein; außerordentliche Fälle bedingten auch außerordentliche Maßregeln des Magistrats. Vor allem sei eine grundsätzliche Zustimmung des Magistrats erforderlich zu den Forderungen der Arbeiter, gemeinsame Verhandlungen über den eingereichten Vertrag zu pflegen und eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne vorzunehmen. Im Verfolg der Stellungnahme des Magistrats beschloß eine am 29. Juli abgehaltene Versammlung der städtischen Hafenarbeiter mit überwältigender Majorität, die Arbeit einzustellen, wenn die nächsten Verhandlungen am Donnerstag zu keinem befriedigenden Resultat führen. Die in Kündigung stehenden Arbeiter haben ihre Kündigung bereits durch den Verband einreichen lassen. Das Gros der Beschäftigten hat keine Kündigung. Die Arbeitsniederlegung soll jedoch nur auf Anordnung der Verbandsleitung erfolgen. In Betracht kommen rund 450 Arbeiter und Handwerker. Die organisierten Arbeiter können diesen Kampf am besten unterstützen, wenn Arbeitswillige von Stettin ferngehalten werden.

Eine ungeheuerliche Boykottverfügung. Das Kartell der freien Gewerkschaften hatte über die Produkte der Mühlenfirma Leysser u. Siegmann, Köln-Deutz, den Boykott verhängt. In der „Rheinischen Zeitung“ wurden die Namen der Bäckerei-Inhaber veröffentlicht, die trotzdem von der boykottierten Firma das Mehl weiter bezogen. Die Arbeiter und Hausfrauen wurden ersucht, diese Bäckereien zu meiden. Die Mühlenfirma strengte eine Klage auf Unterlassung dieser Veröffentlichungen an und erwirkte soeben vom Landgericht eine einstweilige Verfügung, wonach 1. dem Kartell der freien Gewerkschaften, 2. dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und 3. den Inhabern der Firma Gilsbach (Verlag der „Rheinischen Zeitung“) bei einer Strafe von 300 Mk. für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten wurde: 1. in irgend welchen Veröffentlichungen, 2. im Zusammenhang oder Hinweis auf den über die Produkte der Antragstellerin verhängten Boykott die Namen von direkten oder indirekten Abnehmern oder Verbrauchern ihrer Produkte zu veröffentlichen, 3. das Publikum zur Unterlassung von Bezügen ihrer Produkte aufzufordern, 4. jeden Boykottpostendienst, insoweit als dadurch oder dabei eine Einwirkung auf etwaige Abnehmer oder Verbraucher der Produkte der Antragstellerin sowie auf das Publikum überhaupt erfolgt. Die Firma will jetzt eine umfangreiche Schadenersatzklage einreichen und außerdem versuchen, den Boykott wegen Verstoßes gegen die guten Sitten überhaupt zu unterdrücken. Die Strafanzüge bei der Staatsanwaltschaft ist bereits erfolgt, und am Mittwoch wurden sämtliche Bäckereimeister des Bezirks Köln aufgefordert, die nachweisbaren Schädigungen, die sie durch den Boykott gehabt haben, der Mühlenfirma mitzuteilen.

„In unserer Gegend“, sagte er, „wird nichts schnell unternommen. Aber es wäre töricht, wollte man nicht den Versuch machen, über den von Britolin gebotenen Preis 50 000 Francs zu verdienen. Ich werde mich nach Kräften bemühen. Wenn ich in einem Monat noch nichts erreicht habe, so werde ich Ihnen angesichts Ihrer besonderen Lage vielleicht raten, nachzugeben. Aber ich wette hundert gegen eins, daß Britolin, der darauf brennt, Herr von Blanchemont zu werden, sich bis dahin abgefunden haben wird, wenn Sie eine gewisse Summe zu heucheln wissen — eine milde, aber durchaus notwendige Eigenhaft, mit der Sie, gnädige Frau, nicht allzu reichlich versehen sind. Unterzeichnen Sie also jetzt die Kollmacht, die ich Ihnen bringe, und ich verabschiede, denn ich will es mir nicht merken lassen, durch meine Kniffe meinem Kollegen Herrn Varin Konkurrenz gemacht zu haben, den Ihr Pächter Sie gern hätte wählen lassen mögen.“

Ludwig geleitete den Notar bis an den Ausgang der Einfriedigung, und jeder verschwand nach seiner Seite. Es war abgemacht worden, Marcella würde einige Augenblicke später allein als letzte hinausgehen und die Türen des Hauses verschließen halten, damit man das Haus leer glaube, wenn eine Krawallerie sie beschaffen sollte. Diese „Türen“ der Hütte bestanden aus einer einzigen, durch einen Querschnitt in zwei Teile geteilter Tür — der obere Teil diente als Fenster, und Licht und Luft einzulassen. In den alten Häusern unserer Bauern waren die von der Tür unabhängigen und mit Scheiben versehenen Kreuze unbekannt. Das Haus der Pauline war vor fünfzig Jahren für wohlhabende Leute erbaut worden, während heute noch die Allermühsamsten, sofern sie in einem neuen Hause wohnen, Fenster mit Dreiecksfenstern und Türen mit Klappen haben. Bei der Pauline aber schloß die zweiteilige Tür von innen und außen mit einem Holzpflock, den man in die Mauer einhieb.

Als Marcella sich so eingeschlossen, beand sie sich in tiefer Düsternheit. Und da fragte sie sich, welches wohl das geistige Dasein von Leuten sein könnte, die zu arm, um eine Kerze zu kaufen, im Winter schon bei der Dämmernung zu Bett gehen, oder sich an Tage in Dunkelheit aufhalten müßten, um sich vor der Kälte zu wahren.
„Ich sagte mir, ich glaube mich ruiniert — dachte sie — weil ich geschworen war, mein weißes, vergoldetes und mit Seide ausgelegenes Gemach zu verlassen. Aber wie viel Äußerung mag ich in den letzten Erfahrungen noch hinabbringen, bevor ich zu diesem Leben der Armen gelange, das so wenig von dem der Dürre abweicht! Welch ein Mitleid — zu jeder Stunde die Unwissenheit des Welters erdulden, oder in dem Nichts der Unstätigkeit hingeraten, wie die Schatzkammer in der Hand! ... Kommt behaglich in diese traurige Familie an den langen Winterabenden? ... Kommt sprechen Sie? ... Hat man's nicht, wenn nicht von seinen Leiden? ... O, Lemoir hat recht, ich bin noch zu reich, als daß ich

es wagen könnte zu sagen, ich hätte mir nichts vorzuwerfen.

Inzwischen gewöhnten sich Marcellas Augen an die Dunkelheit. Die schlecht gefügte Tür ließ einen unbestimmten Lichtschimmer durchdringen, der jeden Augenblick heller wurde. Plötzlich aber fuhr Marcella zusammen — sie sah, daß sie nicht allein in der Hütte war. Doch ihr abermaliges Erzittern war nicht von Furcht verursacht — Lemoir stand an ihrer Seite! ... Ohne daß es jemand gewußt, hatte er sich hinter den Vorhängen des Bettes versteckt. Er war so fähig geworden, daß er sogar eine Unterredung unter vier Augen mit Marcella suchte — in dem Gedanken, es sei dies die letzte, denn er müsse abreisen.

„Weil du nun einmal da bist“, sagte sie, indem sie mit zärtlicher Koletterie die Freude und Nahrung ihrer Überraschung zu verbergen suchte, „will ich dir auch frei und offen sagen, was ich dachte. Wenn mir diese Hütte bewohnen müßte — würde deine Liebe den Leiden des Tages und der Unstätigkeit des Abends widerstehen? Würdest du, aller Bücher herab, leben können, oder wenn du sie nicht gebrauchst könntest, weil es dir an einem Tropfen Öl auf der Lampe fehlt, oder an Zeit in den Stunden, wo die Arbeit deine Arme beschäftigt? Nach einigen Jahren der Langeweile und der Entbehrungen — würdest du diese Wohnstätte in ihrem kläglichen Zustande malerisch finden, und das Leben des Armen poetisch in seiner Einfachheit ...?“

„Ich hätte genau dieselben Gedanken, Marcella, und gedachte, die gleichen Fragen an dich zu richten. Würdest du mich lieben, wenn ich dich insolge meiner Utopien in einem solchen Elend hielt ...?“

„Ich glaube ja, Lemoir.“

„Und warum zweifelst du an mir ...? O, du bist nicht aufrichtig, wenn du mir nicht ja antwortest.“

„Ich nicht aufrichtig ...“ fragte Marcella, indem sie ihre Hände beide in die Lemors legte. „Leurer Freund, ich will deiner würdig sein. Und darum hüte ich mich vor der romantischen Begeisterung, die sogar eine Waldtanne hinreißen kann, alles zu bejahen, alles zu versprechen — unter dem Vorbehalt, daß sie nichts hält. Und am nächsten Tage jagte sie sich: Ich habe gestern einen herrlichen Roman erlebt. Ich aber ... ich verdirre auch nicht einen Tag, ohne mein Gewissen dem strengsten Verhör zu unterziehen, und ich glaube aufrichtig zu sein, wenn ich dir antworte, daß ich keine Lage auszuhalten vermag, und wäre es der Schrecken eines finsternen Gefängnisses in der Erde, wo ich arbeitslos blühe, dich durch allzu großes Leid zu lieben ...“
O, Marcella ... teure Marcella ...! Aber warum zweifelst du denn an mir?
Weil der Geist des Mannes von dem unseren abweicht. Er ist an andere Rahmstoffe gewöhnt als an Zärtlichkeit und Einfachheit. Er braucht Tätigkeit, Arbeit — die Hoffnung, nichts zu werden, nicht nur seiner Familie, sondern der Menschheit.“

„Ist es also nicht eine Pflicht, sich freiwillig in diese Ohnmacht des Elends zu stürzen?“

„Leben wir denn in einer Zeit, wo die Pflichten sich widersprechen? Denn die Macht des Geistes besteht man nur durch die Aufklärung des Unterrichts, und den Unterricht durch die Macht des Geldes. Und dennoch — alles, was man genießt, alles, was man erwirbt, und alles, was man besitzt, ist dem zum Schaden, der von den geistigen Gütern nichts erwerben und nichts besitzen kann.“

„Du fassst mich bei meinen eigenen Utopien, Marcella. Ich, was soll ich dir antworten, wenn nicht, daß wir in der Tat in einer Zeit unermesslicher und unvermeidlicher Inkonsequenz leben ... in einer Zeit, wo gute Herzen das Gute wollen, und doch gezwungen sind, das Böse anzunehmen? Es fehlt nicht an Gründen, wenn man sich selbst beweisen will, wie alle Glücklichen des Jahrhunderts es tun, daß man sein eigenes Dasein pflegen, aufbauen und verteidigen soll, um aus sich ein tätiges und mächtiges Instrument im Dienste seinesgleichen zu machen; daß sich opfern und sich erniedrigen wie die ersten Christen in der Wüste bedeutet, eine Kraft zu neutralisieren, ein Licht auszulöschen, das die Natur den Menschen verliehen, um sie zu bilden. Aber wieviel Hochmut in diesen Urteilen, so richtig es in dem Munde gewisser erleuchteter und aufrichtiger Menschen auch klingt! ... Es ist das Denken der Aristokratie. „Laßt uns unsere Reichthümer erhalten, damit wir Almosen geben können!“ sagen auch die Frommen deiner Klasse. „Wir sind es — sagen die Prinzen der Kirche — die Gott eingesetzt, die Menschen zu erleuchten.“ — „Wir sind es — verkünden die Demokraten der Bourgeoisie — wir allein sind es, die das Volk zur Freiheit führen dürfen!“ Und doch, sieh nur, Marcella, welche eine Erziehung und welche Freiheit diese Mächtigen den Elenden gegeben haben! ... Nein, die private Wohlthätigkeit vermag nichts, die Kirche will nichts, und der moderne Liberalismus weiß nichts. Ich fühle meinen Geist schwinden und mein Herz in der Brust stehen bleiben, wenn ich an das Hinausgelangen aus diesem Labyrinth denke, in dem wir umherirren — wir, die wir die Wahrheit suchen und denen die Gesellschaft antwortet mit Drohungen oder mit Lügen ...“ Marcella, Marcella, lieben wir uns, damit die Begeisterung für edle Ziele uns nicht verlasse!“

„O ... lieben wir uns!“ sagte Marcella auf, sich in die Arme des Geliebten werfend. „Und gehe nicht fort von mir — laß mich nicht in meiner Unwissenheit, Lemoir, denn du hast den engen katholischen Horizont von mir genommen, in dem ich in aller Selbsteigenschaft zu gewinnen glaubte, indem ich die Entscheidung meines Beträgers über die des Christus stellte, und mich tröstete, meine Christin nach dem Buchstaben sein zu können, als ein Priester mir gesagt hatte: Mit dem Himmel muß man sich abfinden. Du hast mich eine weite Sphäre ahnen lassen, wenn du mich ohne Führer ließe in dieser unbestimmten Dämmern der Wahrheit.“
(Fortsetzung folgt.)

In die Delegierten zum III. Bauarbeiterkongress. Die Delegierten, die ihre Meldebarte noch nicht an das Lokalkomitee in Leipzig abgesandt haben, werden dringend ermahnt, dies unverzüglich zu tun. Es stehen genügend Wohnungen zu angemessenen Preisen zur Verfügung. Auch die Delegierten, die sich selbst eine Wohnung beschaffen wollen und auf die Beförderung einer solchen durch das Lokalkomitee verzichten, müssen ihre Meldebarte einreichen. Sonnabend, den 9. und Sonntag, den 10. August befindet sich das Lokalkomitee im Volkshaus, Zeiger Straße 32. Letzteres ist Empfangslokal für die Delegierten und vom Hauptbahnhof mit der M-Linie der Straßenbahn direkt zu erreichen. Am Hauptbahnhof werden Genossen, durch entsprechende Abzeichen kenntlich, angewiesen sein, um den ankommenden Delegierten Auskunft zu geben und wenn nötig als Führer zu dienen. Im Volkshaus erhalten die Delegierten ihre Wohnungskarte und anderes Material ausgehändigt. Meldebarten und sonstige Zuschriften sind zu richten an A. Lütlich, Leipzig, Zeiger Straße 32, Arbeiterssekretariat.

Das sächsische Ministerium im Dienste der Scharfmacher.

Das sächsische Ministerium des Innern hat die sächsischen Gewerbetämmer veranlaßt, ihm zu berichten,

1. ob innerhalb der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker erhebliche Gefahr dafür vorliegt, daß die Gehilfen durch die Handhabung der tariflichen Einrichtungen in die sozialdemokratischen Verbände gedrängt wird, und

2. ob die Buchdruckereientnehmer in schwieriger Lage geraten, wenn sie nicht ausschließlich sozialdemokratisch organisierte Gehilfen beschäftigen wollten.

Die Gewerbetämmer zu Dresden hat dem Ministerium die gewünschte Antwort gegeben. Wie diese geartet war, geht aus der Abwehrklärung des Tarifamts der deutschen Buchdrucker hervor, in der es heißt:

„1. Die Gehilfenmitglieder der Tariforgane werden aus den Reihen der tariftreuen Gehilfen durch Urabstimmung unter den tarifstreuen Gehilfen gewählt. Wer die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt, gilt als gewählt. Da mehr als 93 Prozent der Gehilfen dem Verbande der deutschen Buchdrucker angehören, so ist es begreiflich, daß auch die Gewählten Mitglieder dieser Organisation sind. Daß (wie die Dresdener Gewerbetämmer behauptet hatte) die Mitglieder des Gutenbergs unter dieser gehilfenseitigen Befehung der Tariforgane leiden, entspricht nicht den Tatsachen. Wir müssen eine solche Behauptung, für die keinerlei Unterlagen beigebracht sind, insbesondere namens der Prinzipalsmitglieder der Tarifinstanzen auf das bestimmteste zurückweisen.

2. Daß für die Rechtsprechung in unseren Schiedsgerichten nach dem Berichte der Gewerbetämmer nicht gewerbliche, sondern politische Gesichtspunkte maßgebend sind (wie die Dresdener Gewerbetämmer gleichfalls behauptet hatte), ist eine Beschuldigung, die nicht nur für die Gehilfenmitglieder, sondern auch für die Prinzipalsmitglieder und den juristischen unparteiischen Vorsitzenden des Tarifamts den Vorwurf der Rechtsbeugung enthält und ebenfalls jeglicher Grundlage entbehrt.

3. Es ist ein Irrtum, daß (wie die Dresdener Gewerbetämmer drittens behauptet hatte) durch eine Tarifbestimmung der gehilfenseitigen Befehung des Dresdener Schiedsgerichts Einhalt getan worden sei. Die in Betracht kommende Tarifbestimmung, nämlich, daß aus derselben Druckerei nicht mehr als je ein Mitglied in das Schiedsgericht gewählt werden darf, verankert ihre Entstehung lediglich dem Bestreben, einen möglichst innigen Kontakt zwischen den Schiedsgerichten und dem Buchdruckgewerbe herzustellen und einer einseitigen, auf einen einzelnen Betrieb zugeschnittenen fachtechnischen Beurteilung von Streitfragen vorzubeugen. Im übrigen gilt diese Bestimmung nicht nur für die gehilfenseitige, sondern auch für die prinzipalsseitige Befehung der Schiedsgerichte. Politische Gesichtspunkte sind bei Schaffung dieser Bestimmung weder erwähnt worden, noch waren sie jemals maßgebend dafür. Auf Organisationsvertreter ist diese Tarifbestimmung überhaupt nicht anwendbar.“

Auch die Antwort, die die Gewerbetämmer dem Ministerium des Innern auf die Frage 2 gegeben hat und nach der die Buchdruckereientnehmer in schwieriger Lage geraten würden, wenn sie nicht ausschließlich Verbandsgehilfen beschäftigen würden, wird als falsch und gänzlich beweislos bezeichnet, und diese Abwehr wird sachlich überzeugend begründet. Ebenso ist es natürlich dem Tarifamt leicht, die Behauptung zu entkräften, daß sich aus dem Tarifvertragsverhältnisse nachteilige Folgen für die Prinzipale oder das Gewerbe ergeben hätten.

Trotz dieser Erklärung des Tarifamts wird das Schreiben, das die Dresdener Gewerbetämmer an das sächsische Ministerium gelangt hat, gelegentlich noch seine Rolle spielen in dem Aktienmaterial der Scharfmacher gegen die organisierte Arbeiterkraft.

Aus der Partei.

Preßprozeß. Der Redakteur der „Birnauer Volkszeitung“, Josef Tieg, ist wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Lauenstein zu 250 Mk. Geldstrafe verurteilt worden.

Wahlkreis Guben-Lübben. Auf der Generalversammlung des Wahlvereins für den Kreis Guben-Lübben wurde berichtet, daß die Bewegung augenblicklich stagniert. Die Organisation zählt im Wahlkreise an 21 Orten 1550 Mitglieder. Die vorwiegend ländliche Bevölkerung ist weit leichter der politischen als der gewerkschaftlichen Organisation zugänglich. Bei der Landtagswahl kam die politische Kampfkraft der Behörden gegen die Sozialdemokratie scharf zum Ausdruck. In einem Orte hielt es der Gemeindevorsteher gar nicht erst der Mühe wert, die Wahl auszusprechen. Auf eine Beschwerde antwortete der Landrat nach der Wahl: Er könne jetzt nichts mehr veranlassen, da ja die Wahl stattgefunden habe. Auch die Lokaltreiberei steht im Kreise jetzt wieder in Blüte. Den Wirten wurden von der Behörde teilweise wirtschaftliche Nachteile angedroht, wenn sie ihre Lokale der Partei zur Verfügung stellen wollten, oder es wurden ihnen umgekehrt wirtschaftliche Vorteile verheißen, wenn sie uns ihre Lokale entzögen. Zur Haltung der Fraktion in der Debatte für die neuen Rüstungen kam zum Ausdruck, daß die Fraktion so, wie geschehen, handeln mußte. Auch die Frage des Massenstreiks wurde gestreift. Der Kandidat des Kreises, Gen. Kocke-Berlin, wendete sich zu Anfang seiner Ausführungen gegen die Propaganda des Massenstreiks. Sie gehe jetzt in der Hauptsache von Genossen aus, die nicht mehr im praktischen Leben ständen. Organisation und Agitation sei die Hauptsache. Doch sollte der Parteitag, den diese Frage zweifellos beschäftigen werde, hierzu in positiver Richtung irgendwelche Beschlüsse fassen, dann — so schloß Kocke — gelte es für die organisierte Arbeiterkraft, den Weisungen der obersten Instanz der Partei in strenger Disziplin Folge zu leisten. — Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Streikzüge ins Lübsche und weitere Umgebung.

II.

Sarau—Notenhufen—Schattin—Herrnburg.

b. Wer den Rückfack noch am späten Abend packt, fährt um 6 1/2 Uhr nach Sarau. Auch zwei Stunden später ist's nicht zu spät. Es ist nur eine Zwanzig-Minuten-Fahrt, bietet aber trotzdem Zeit genug, sich in Reflexion zu versetzen. Bald sind die Kirchtürme verschwunden und mit dem letzten Ziegelbach die Alltagsorgen. Vorüber rollt der Proletarier-Expres an Wiesen und Feldern. Landluft zieht durchs Wagenfenster herein. In Blankensee verpuffet sich das Maschinchen zwei Minuten, eine Zehntelstunde später hält's an unserm Ausstiegort. Wenige Schritte hinter der Bahnrampe laßt uns schon der Rakeburger See an, einladend winkt er herüber. Zwar ist der Blick aufs Meer gewaltiger, die brausende Brandung löst Latgedanken aus; milder, stimmungsvoller wirkt ein Winnensee mit heiterer Umrandung aufs Gemüt. Während wir die zehn Minuten dem Dorf zu wandern, verlieren wir das Wasser nicht mehr aus dem Auge, magnetisch bleibt der Blick auf ihm haften, die Feiertagsstimmung ist durchgebrochen.

So ein Spaziergang durchs Dorf an schönen Sommerfeiertagen blüht nie seinen Reiz ein. Man wird wieder freundlich gestimmt, grüßt jeden Landbewohner: was man in der Stadt verlernt hat, wird hier zur selbstverständlichen Pflicht. Gehe wir uns recht umgesehen, sind wir wieder auf der Landstraße. Nicht lange. Eine kleine Viertelstunde, dort bei der Sandgrube, biegt rechterhand ein Feldweg ab. Über uns fliegt eine Schwalbenschär. Immer größer wird sie. Wo kam sie auf einmal her? Beim genauen Zuschauen gewahren wir am Sandabhang unzählige Löcher; eins am andern, dreißig, vierzig; sie sind nicht zu zählen die Nester, die sich die flinken Vögel in den Sand hineingeböhrt haben. Der schmale Waldstreifen links des Weges ladet zur Rast ein. Wir packen das Frühstück aus, machen's uns bequem, denn der Tag ist noch lang. Ruhend erst werden wir den Reiz der Landschaft gewahr. Ins Weiße streift das Auge, bemundert die Spiegelglatte Fläche. Dort unten am jenseitigen Ufer liegt Campow hinter dem vorgeschobenen Wäldchen verborgen, uns gerade gegenüber der Lübsche Ort Utecht. Zwischen Knicks und Feldern hindurch windet sich der Weg. Die Mühle auf freiem Felde läßt ihre Flügel ruhen. Es ist ja Sonntag. Stundenlang erbaute sich Herz und Gemüt an dem Rundgemälde, da gibt's kein Ermüden oder Übersättigen. Zur Abwechslung streift der Blick auch mal die Nähe. Sieh da den prachtvollen wilden Rosenbusch zwischen den alten Weidenstümpfen. Steht in vollem Schmuck vor der Nase und wird übersehen! Und dort? Hallo, da stolziert Herr Langbein, sucht sich am sumpfigen Wiesenrande sein zweites Frühstück, oder ist's das Mittagsmahl! Sihen wir schon so lange? Storch, Storch, Schniebelchnabel, mit der langen Densgabel. . . Er läßt sich nicht stören, greifen auch wir nochmal in den Ruckfack.

Die Sonne fängt an durch die Richtung auf den Abhang zu brennen, das Mittagsschlächchen wird gestört. Wir packen unsere Siebensachen zusammen, wandern den Feldweg weiter nach Notenhufen, das Ziegelbad winkt längst herüber. Ein herrlicher Pfad: links dichtes Urgestrüpp und Jungwald, rechts fastige Weiden bis an den See. Im Bach längs des Weges schiebt üppiger Pflanzenwuchs hervor, breite Schwertgräser und gelbe Sumpfkilien stehen wohlthuend vom Unkraut ab. Und erst das Vogelgetier! Hier haust's ungehört.

Auf der Terrasse in Notenhufen sitzt sich's wohl beim Kaffee. Noch einmal nimmt uns das schöne Seebild gefangen. Zahlreiche Segelboote mit sanft geblähten weißen Linnen verschönen die Aussicht. Auch wir bereiten uns zur Wasserfahrt vor, der kleinsten und teuersten; der lange Fischer Kahn wird anderthalbmal herumgedreht, der Führer streckt die Hand aus, nimmt den geschliffen vorgeschriebenen Mindestlohn entgegen, 5 Pfennig. Preisermäßigung gibt's selbst für eine zahlreiche Familie nicht.

Leicht bergan geht's bis zum Wegweiser. Der zeigt am Kreuzungspunkt nur eine Richtung an, nach Schattin; rechts führt der Weg nach Utecht, was sich der Wanderer denken muß. Wer dorthin marschieren will, biegt besser vorher ab und schlägt den Feldpfad ein. Er kann sich zugleich im Klettern üben. Nach so langem Ruhen wird tüchtig ausgeschritten. Es marschiert sich gut, die Weibliche zu beiden Seiten werfen genügend Schatten. Unterwegs treffen wir einen eigenartig zurechtgestutzten Baum an, schmal, hoch, altlos und buschig; ob's Linde oder Pappel, mag der Beschauer selbst erraten. Er fällt jedem Vorübergehenden auf.

Da kommt Schattin in Sicht. Wir begnügen uns heute mit einem Fernblick aufs erste Haus und biegen linkerhand ab. Der Weg ist nicht zu verfehlen, alte niedere Weiden zu beiden Seiten kennzeichnen ihn. Wir laufen etwas rechts zum Waldrand, ruhen nochmals zehn Minuten, ergötzen uns an dem idyllischen Bild: große ebene Wiesen breiten sich aus, hinter Grünem hervor lugen die Dächer Schattins, im Rücken finstere Wald. Zehn Minuten weiter des Wegs zeigt der Weiser nach Herrnburg. Holterdiepoller nur kommen wir vorwärts. Der Lannenwaldabschnitt zur Linken ist kaum zu beschreiben, völlig verwahrlost, undurchdringlich, ein Sinnbild der Ritter und Heiligen, die im Lande herrschen. Hier sagen sich die Mädchen am hellen Tage Gute Nacht! Jeden Augenblick stoßen wir auf ein Wildes-Rantchen-Loch. Zu Dugenden springen sie über den Weg und nehmen reißend. Ein heiteres Bild, das Freude macht und den miserablen Weg vergessen läßt. Bald gewinnen wir wieder Ausblick, grünen Lübeck's Türme von weitem. Dort, wo der Ausguck sich breit macht, biegen wir rechts ab und schreiten noch etwas schneller aus, immer geradewegs, das Ziel ist nicht mehr zu verfehlen. Aber dranhalten muß sich, wer den Sech-Uhr-Zug benutzen will. Es ist keine Kleinigkeit in dem Sande und auf glatten Lannenmadeln weiterzukommen. Man kann auch bessere Wege einschlagen, ob diese aber die interessanteren sind, ist die Frage. Gerade durch den Gegenlag schägen wir das vorher Geschaute. Da kommt der Zug aus Mecklenburg. Vollbesetzt die Plätze vierter Güte, wie immer. Körbe und Säcke versperrten den Platz. Reider nennen ihn den „Speck“zug.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Krupp-Prozeß vor dem Kriegsgericht. Zu der am heutigen Donnerstag vor dem Kriegsgericht der Berliner Kommandantur beginnenden Verhandlung in dem Krupp-Prozeß haben Justizrat Dr. v. Gordon und Rechtsanwalt Dr. Siegfried Löwenstein vom Zutritt nachgehakt. Es ist ihnen auch gestattet worden, der Verhandlung beizuwohnen. Diese beiden Herren sind Verteidiger des Bureauchefs, ehemaligen Oberfernwärter Maximilian Brandt und einiger Direktoren der Essener Firma Krupp in einem bereits vor dem Landgericht Berlin I eingeleiteten Strafverfahren. Die Anklage in dieser Sache ist noch nicht erhoben; das Verfahren befindet sich in den ersten Anfängen.

Genossenschaftsbewegung.

Nahrungsmittelverschmutzung. In letzter Zeit mußte öfters über unfaubere Behandlung von Nahrungsmitteln berichtet werden. Die Gerichte haben sich gerade in letzter Zeit wiederholt mit den Schmutzständen in Bäckereien zu befassen gehabt. In Würzburg stand kürzlich ein Bäckermeister vor Gericht, der in geradezu rücksichtsloser Weise Nahrungsmittelverschmutzung trieb. Käsekrumen bereitete er aus Käse, der mit Würmern durchsetzt war. Alles, verschimmertes Gebäck wurde verrieben und zu neuem verwendet. In dem Teig konnten ungehindert Käsen gelangen. Das auf dem Boden liegende Mehl wurde zusammengekehrt und wieder verwendet. Ein Gehilfe, der den Meister auf die Würmer im Käse aufmerksam machte, bekam die Antwort: „Immer zu, das macht sich schon zusammen. Wegen ein paar Würmer kann man die Ware nicht formieren.“ Ein Lehrling erhielt eine Ohrfeige, weil er faule Eier nicht ins Mehl, sondern auf den Reichtshaufen, wohin sie gehören, geworfen hatte. Der Bäckermeister betrieb auch eine Weinwirtschaft. In dieser scheint es ähnlich zugegangen zu sein wie in der Backstube. Die Gesellen des Bäckermeisters benutzten als Abort die Dachrinne, die in ein unterirdisches Regenfaß mündete. In diesem Faße wuschen die Gesellen ihre Hände. Dasselbe Faß lieferte auch das Wasser zum Kelteren von Apfelwein. „Weil“, wie der Meister sagte, „die Kessel im Jahre 1911 gar so trocken gewachsen seien und ja wenig Brühre gegeben hätten.“

Das Gericht hatte den fündigen Bäckermeister zunächst zu 90 Mark Geldstrafe verurteilt. Es ist charakteristisch für diesen Fall auch für andere Nahrungsmittelfälle, daß die Leute, die in die Nahrungsmittelverschmutzung hineingeworfen sind, in diesem Falle war das Berufsgericht wesentlich anderer Meinung als der unfaubere Bäckermeister und Weinwirt. Es erhöhte die Strafe auf 300 Mark und gab ihm außerdem 14 Tage Gefängnis dazu.

Dieser Fall zeigt wieder einmal auf das deutlichste, wie viel noch zu tun ist, um Herstellern und Verbrauchern von Nahrungsmitteln über die Behandlung von Nahrungsmitteln zu belehren. Manchem Bäckermeister wird wahrscheinlich nur die gerichtliche Strafe das Mindestmaß von Reinklichkeit beibringen. Die Konsumenten haben das Mittel der Konsumgenossenschaftlichen Organisation, um zu würdigen Zuständen in der Nahrungsmittelherstellung zu gelangen.

Aus Nah und Fern.

Durchgebrannte Staatsfische. In der königstreuen Gesellschaft von Gottesberg in Schlesien erregt es peinliche Magenbeschwerden, daß der sich in ihren Kreisen des besten Ansehens erfreuende Polizeikommissar Krafft unter Hinterlassung einer bedeutenden Schuldenlast plötzlich verschwunden ist. Fast alle Gewerbetreibenden der Stadt gehören zu den Reingelegten. Kurz vor der Flucht ließ er sich noch einen Gehaltsvorschuß von 300 Mk. geben, der ihm anstandslos ausgezahlt wurde, obwohl gegen ihn Beschwerden wegen dienstlicher Nachlässigkeiten vorlagen. Bis jetzt beläuft sich die Schuldenlast auf über 5000 Mk., und noch immer melden sich Leidtragende aus den Kreisen der Gewerbetreibenden. Die Ehefrau des Verdurfteten hat sich schon acht Tage vorher zu Verwandten begeben. Dieses Mutter einer Staatsfische entwickelte in der Bekämpfung der organisierten Arbeiterkraft ebenso viel Talent wie zum Schuldenmachen. Der Kassenammer der Patrioten von Gottesberg ist natürlich sehr groß!

Drei Kinder angeheft. Die Aussetzung dreier Kinder beschliefte zurzeit die Polizeibehörden von Schöneberg und Köln. Am letzten Freitag hatte ein Schöneberger Kaufmann auf dem Schöneberger Polizeipräsidium zu tun. Als er nach längerer Zeit das Gebäude verlassen wollte, traten ihm drei kleine, hübsche, sehr sauber und nett gekleidete Mädchen entgegen, die er schon beim Betreten des Hauses auf einer Bank hatte sitzen sehen. Das größte der Kinder hielt dem Kaufmann einen Brief entgegen, den dieser entgegennahm und öffnete. Das Köln, den 10. Juli 1913 datierte Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrte Frau Braun! Zu Ihrem Erstaunen muß ich Ihnen mit zitternden Händen schreiben, daß mich meine Frau seit dem 10. Juli verlassen und bis jetzt nichts von sich hat hören lassen. Ich weiß nicht, was ich Wahnsinniger machen soll. Ich laufe wie ein Irrenhündchen umher und kann mein Geschäft allein nicht verfehlen. Sie hat mich direkt zugrunde gerichtet. Ich wollte Sie bitten, meinen lieben Kindern kein Leid zu tun und sie zu trösten. Geben Sie bitte die lieben Kleinen in das Waisenhaus. Die Älteste heißt Bertha und ist am 7. Juni 1908 in Köln geboren, die zweite, Rosa, ist am 4. Mai 1909 ebenfalls in Köln geboren, und die Jüngste, Paula, ist am 21. April 1910 ebendasselbst geboren. Ich bin sehr unglücklich und kann mir nicht anders helfen.“

Beamte der Reservewache im Präsidium nahmen sich der drei ausgefetzten Kinder, die recht munter und unbeschäftigt dreinschaute, an, gaben ihnen zu essen und sorgten auch für Spielzeug. Schließlich wurden die Mädchen zur Schöneberger Armenverwaltung gebracht und von dort aus in Privatpflege gegeben. Ob der Brief, den die Kinder bei sich führten, echt ist, oder ob vielleicht auf diese Weise Eltern sich ihrer Kinder haben entledigen wollen, muß die eingeleitete Untersuchung ergeben. — Inzwischen hat sich der Vater der drei Kinder in Berlin eingefunden; es ist der Partiemarenhändler Kollacki, der sich ständig auf Reisen befindet. Die Kinder waren von ihm bei der Frau Braun in Pflege gegeben worden. Die Frau, welche selbst in ärmlichen Verhältnissen lebt, konnte die Kinder, für die häufig kein Pflegegeld gezahlt wurde, nicht ernähren und deshalb erfolgte die Aussetzung.

Fremdenlegionäre gegen die Fremdenlegion. In einer in Köln a. Rh. stattgefundenen Versammlung ehemaliger Fremdenlegionäre wurde energisch vor dem Eintritt in die Legion gewarnt. Es gäbe zwar keine bezahlten Werber, wohl aber ehemalige Legionäre, die sich, namentlich in Luxemburg, an zureisende junge Leute heranmachen und diese, nachdem sie sie ausgeplündert haben, zum Eintritt in die Legion zu bewegen suchen. Einzelne Redner schilderten die vielen Straftaten in der Fremdenlegion, worauf beschlossen wurde, Warnungsauftritte an die Eltern und an die heranwachsende Jugend zu erlassen, sowie eine größere öffentliche Versammlung einzuberufen, in der eine energische Campaigne gegen den Eintritt in die Fremdenlegion beschlossen werden soll.

Das jällige Automobilunglück. Aus Götting wird berichtet: Auf der Chaussee zwischen Markersdorf und Schlauroth verunglückte ein mit vier Personen besetztes Automobil, indem es gegen einen Baum fuhr. Der Kaufmann Otto Schimpf, Mitinhaber der Kognakfabrik von Baeht, wurde getötet, eine Kellnerin erlitt einen Armbruch.

Ein blutiges Familienrama. Zwischen dem Dienstag mittag betrunken nach Hause gekommenen 31 Jahre alten, aus Böhmen stammenden Glasarbeiter Philipp Mjaf, der in Lohr a. Main wohnt, und seiner 28 Jahre alten Ehefrau kam es zu Streitigkeiten, da die Frau ihrem Manne wegen seines lieblichen Lebenswandels Vorwürfe machte, worauf dieser sie schwer mißhandelte. Der gereizte Mann geriet noch mehr in Wut, als sich die Frau weigerte, die von ihm zerschüttelte und in die Stube geworfene Bettwäsche wieder zu ordnen und aufzuheben. Nachdem der Mann sich schlafen gelegt hatte, ergriff die Frau ein Beil und erschlug ihn damit. Durch den Schlag, der gegen die Schläfe gerichtet war, wurden dem Mann auch einige Finger der Hand abgeschlagen, mit der er den Kopf im Schlafe gestützt hatte. Nach der Tat begab sich die Frau mit ihren vier kleinen Kindern zur Mutter, wo sie verhaftet wurde.

Eine peinliche Friedhofsjene hat in Bischofs werda unheimliches Aufsehen erregt. Bei der Beerdigung der 20 Jahre alten Tochter eines Eisenbahnbeamten, die an den Folgen der Geburt eines unehelichen Kindes gestorben war, wandte sich der amtierende Geistliche gegen die Verderbtheit der heutigen Jugend im allgemeinen und die des verstorbenen Mädchens im besonderen. Der Herr Oberpfarrer bezeichnete die Verstorbene in seiner Grabrede als eine Sünderin, die in Sünden gestorben sei und sich nunmehr vor dem höchsten Richter zu verantworten habe. Die Hinterbliebenen waren nicht gewillt, derartige kränkende Worte am offenen Grabe weiter anzuhören und verließen deshalb den Friedhof.

Die Rache eines betrogenen Ehemannes. Der Landwirt Two Brassatich in Cjombor nahm furchtbare Rache an seiner ihm vor 6 Wochen angetrauten Gattin, die er mit ihrem Geliebten überrascht hatte. Er machte Stricknadeln weiß, glich sie und stach damit die schlafende Frau in die Brust. Die Unglückliche liegt sterbend im Krankenhaus, der Mann wurde verhaftet.

Das Ende der Folter. Mehrfach haben wir an dieser Stelle auf den ungeheuerlichen Zustand hingewiesen, daß die jugendlichen Teilhaber an Sternickels letzter Bluttat bereits 4 Monate in steter Todesangst leben müssen, da ein Entscheid über Leben oder Sterben immer noch nicht gefällt worden war. Jetzt wird aus Frankfurt a. O. telegraphiert:

Frankfurt a. O., 30. Juli. Der Raubmörder Sternickel, der den Eigentümer Kates und dessen Ehefrau sowie die Dienstmagd Philipp in Ortwig ermordet hatte, ist heute morgen 6 Uhr im hiesigen Gerichtsgefängnis hingerichtet worden. Seine Helfer Kersten und Schliewenz sind zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

So ist endlich die Entscheidung getroffen worden und damit die Folter beendet, der die jugendlichen Verbrechergelassen bisher unterworfen waren. Sie haben ein stetes Zuchthausleben vor sich, aber doch ein Leben, das immer noch eine schwache Hoffnung auf spätere Freiheit in sich schließt. — Über die Hinrichtung Sternickels wird berichtet: Mittwoch früh um 6 Uhr ist der Mörder August Sternickel im Hof des Gerichtsgebäudes zu Frankfurt an der Oder vom Scharfrichter Schwarz aus Breslau hingerichtet worden. Der Strafvollzug wohnte bei Staatsanwalt Matthias, die Richter, der Verteidiger Justizrat Löser und die als Zeugen geladenen Bürger der Stadt. Sternickel war Dienstag abend davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der Kaiser von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht habe. Er nahm diese Mitteilung mit derselben Ruhe und Gleichgültigkeit entgegen, die er schon während der Verhandlung an dem Tag gezeigt hatte. Er zeigte keine Spur von Reue, und den angebotenen geistlichen Zuspruch wies er

grabs zurück. Die Mahnung, ein Geständnis seiner Verbrechen abzulegen, beantwortete er mit einem kurzen Aufschrei. Gestern früh führten ihn die Gehilfen schnell vor den Tisch, an dem der Staatsanwalt saß. Sternickel war in Ketten und zuckte mit keiner Wimper, als ihm das dreifache Todesurteil vorgelesen wurde. Er ließ sich dann die Unterschrift des Richters, die an Bord der Facht „Hohenzollern“ ausgefertigt war, zeigen und erklärte, daß er darum bitte, der Öffentlichkeit bekanntzugeben, daß nicht er, sondern seine Komplizen die Anstifter zu den Mordtaten gewesen seien. Revision habe er nicht eingelegt, weil ihm der genaue Wortlaut der Anklage niemals zu Gesicht gekommen sei. Wenige Sekunden später war die Hinrichtung vollzogen. Die Leiche wurde in den bereitstehenden Sarg gelegt und sofort nach dem nahe gelegenen Friedhof gebracht. — Hans Gyan gibt im Verl. Tageblatt folgende ergreifende Schilderung von seinem Besuch bei den Eltern eines der Verurteilten: Bei der Mutter des Begnadigten. Draußen in Adlershof, wo noch überall die Kiefernwipfel über die Dächer hinwegschauern, wo bunte Gärten zwischen den Höfen lagern, da wohnen in einer bescheidenen Hofwohnung die, denen heute so große Freude, ja eine Erlösung zuteil geworden ist — die Familie des einen von den beiden Begnadigten, Georg Kersten. Der Vater, ein stiller, schon ergrauter Mann, ging seiner Arbeit nach, ihn traf ich nicht. Aber die Mutter! ... Und seltsam, an sie denkt jeder, wenn so ein fürchterliches Ende einem aus der Familie droht. Die Frau ist um Jahre gealtert, in den sechs Monaten, die zwischen der Tat ihrer beiden Söhne und der nun gewährten Gnade liegen. Sie kann nichts als weinen, auch jetzt noch, wo doch der schwerste Schmerz, dem ihr Mutterherz noch hätte standhalten sollen, abgemindert ist. In der kleinen sauberen Wohnung mit ihren beiden jüngsten Töchtern, die noch Kinder sind, sitzt sie und weint, wenn die Arbeit ihr Zeit läßt, die Briefe der beiden Verurteilten und denkt nach und sinnt, was sie tun könnte, um den beiden ihr Schicksal zu erleichtern. „Es geht doch nicht, daß solche Tat ungepöhnt bleibt!“ sage ich ihr. Und sie sieht das ein. Aber ihr Herz, diese große, unerschöpfliche Liebe, die nur die Mutter hat, möchte sich doch schüßend über die Jungen breiten, die nun durch eine ernste Buße gehen müssen, um dann vielleicht einmal wieder ehrlich und gut zu werden. ... Und außer der engeren Familie haben eine ganze Anzahl von Verwandten sehnsüchtig auf den Gnadenakt gewartet. Sie kannten die beiden Jungen alle, sie wußten, daß sie ein bißchen leicht, aber nicht schlecht waren. Und sie empfanden alle nur das eine grauliche, niederdrückende Gefühl: „Von den unseren soll einer das Blutgerüst besteigen!“ Denn das ist das Entsetzliche an dieser Straftat: nicht der eine, dessen Kopf in den Sand rollt, nein alle, die mit ihm verwandt sind, brave, ehrenhafte Menschen, werden von der Schande getroffen und leiden darunter! Nun atmen sie auf, von dem Alp befreit. Aber die Mutter, die die telegraphische Nachricht von der Begnadigung erst eben erhält, ist noch ganz fassungslos! Sie denkt nur an ihr Kind! Was er sagen wird?! Wird er sich denn so recht von Herzen freuen? Er hat doch lebenslänglich! ... Ja ... aber es ist ja alles egal, er lebt! er lebt! Und sie weint wieder! Ihre Tränen fallen beim Abschied auf meine Hände!

Für 300 000 Mark Schmud geraubt. Bei der Tochter des Eisenbahnkönigs Harriman in New York wurde ein Einbruch verübt und ein Schmud im Werte von 300 000 Mark geraubt.

Schweres Bootsunglück. In Luche-Pringe, Departement Sarthe (Frankreich), kenterte auf dem Loirefluß ein mit sieben Personen besetztes Boot; vier ertranken.

Ein christliches Dorfmittel. Unserm Danziger Parteigänger wehte der Zufall nachstehenden christlichen Handzettel auf den Schreibtisch:

Zentralverband christlicher Gemeindeglieder und Straßenreiniger.
Abteilung Straßenreiniger.
Am Donnerstag, dem 24ten Juli 1913, abends 7 Uhr, findet in Altschottland bei Herrn Lawerenz unsere außerordentliche Mitgliederversammlung statt:
Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Vortrag des Herrn Stadtverordneten Krause aus Danzig. 3. Verschiedenes.
Kein Kollege der Straßenreiniger darf in dieser Versammlung fehlen! Mit kolleg. Gruß
J. A.: Johann Krause.

Ein Glas Bier ist eine sehr gute Sache. Aber im Sommer doch etwas wenig. Ist es nicht besser, wenn Sie gleich ein Aechtchen oder Viertchen nehmen, Herr Krause? Zumal, da es sich auf der Bierbank so schön über den „Materialismus“ der freien Gewerkschaften schmeißt.

Vergiftetes Brot. Infolge eines Auftrages der Staatsanwaltschaft in Bienne, Departement Neve, ist der Bäcker Biesly in St. Priest verhaftet worden, weil er eine große Menge Mehl mit Baryt vermischt und daraus Brot gebacken hat. Etwa hundert Personen sind infolge Genusses des Brotes erkrankt.

Raubmord. Bei Liedenwerder an der Nege wurde die Leiche des Försters Schröder aus dem Wasser gezogen. Der Tote hat zahlreiche Messerstiche in der Herzgegend. Da alle Wertgegenstände fehlten, scheint Raubmord vorzuliegen.

Bilzergiftung. In verschiedenen ungarischen Städten sind Pilzergiften nach dem Genuße von Schwämmen heftig erkrankt; mehrfach trat als bald der Tod ein.

Theater und Musik.

Im Stadthallen-Theater fand gestern eine Aufführung von Sudermanns „Heimat“ statt. Der Inhalt dieses schon lange Jahre die deutschen Bühnen beherrschenden und immer noch recht wirkungsvollen Stückes brauchen wir deshalb heute nicht wiederzugeben, weil es hier schon wiederholt aufgeführt und von uns öfter besprochen wurde. Auch gestern erwiebs sich die „Heimat“ als zugkräftig und führte ein zahlreiches Publikum herbei. Die Trägerin der Hauptrolle, der Magda, Elise Strohm-Ambronn, vom Stadttheater in Breslau, der ein sehr guter künstlerischer Ruf vorangeht, hatte wohl auch dazu wesentlich beigetragen. Und Frau Strohm-Ambronn übertraf noch alle Erwartungen. Ihre Leistung war eine erstklassige sowohl in Darstellung, Sprache wie äußerer Erscheinung. Wir würden uns freuen, wenn es Herrn Direktor Albert gelänge, die Dame uns auch noch in anderen Rollen vorzuführen, wir könnten den Reiz derartiger Vorstellungen unseren Lesern nur auf's wärmste empfehlen. Im übrigen sei noch erwähnt, daß auch alle übrigen Darsteller gestern auf dem Posten waren und ihr Bestes gaben. Besonders ragten hervor die Damen Bestel, Bally und Riccardo und die Herren Sob, Göbel und Ambronn.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Sch. Marx. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

„Komitee- und Kommissionssitzungen“
D. T. V.
Vorstands-Sitzung
Freitag, den 1. August 1913
abends 8 1/2 Uhr
Der Vorstand.
Am 29. Juli entschlief nach kurzer Krankheit unser Vater (5801)
Heinrich Harder
im 77. Lebensjahre. Dieses zeigen an seine Kinder.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes und meiner Kinder freudigsten Dankes. Sagen allen, d. Transportarbeiterverband, seinen Mitarbeitern der Firma Scheitell u. Hölz, unsern innigsten Dank. (5796)
Kran Koop und Kinder.
Für die herzlichste Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sage ich allen dem Transportarbeiterverband, sowie dem Sozialdemokratischen Verein meinen innigsten Dank. (5811)
Berta Wulf, geb. Rembowski, und Kinder.
Für die zahlreiche Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank. (5808)
St. Paris, 31. Juli 1913.
Familie Stammer.
Arbeitsbursche
gest. 5802
Kronstoder Alze 22.
Gest. 1. U. von 2 ruhigen Seiten mit ein. größtem Kind eine **freundl. 2-Zimm.-Wohn.** in der Nähe von **Trams.** Zug u. **Trams u. W.S. ad. Gr. ab. (5795)**
Zum 1. Oktober eine abget. off. **Post-Kontor-Wohnung** zu **Ort.** **W. 274 St. Sonntag 67, II.** **5808** **Hayes Hofstraße 24.**

Saison-Ausverkauf
von guten zurückgesetzten Korsetts 5578
zu enorm billigen Preisen
Th. Jepsen Korsett-Fabrik
Breite Str. 42.
Gratis!
Um meine la. Eigelb-Pflanzenbutter mehr und mehr einzuführen, verabfolge ich am Donnerstag, Freitag und Sonnabend auf 1 Pfd. ff. Eigelb-Pflanzenbutter a 78 u. 88 Pfg. pr. Pfd. **1 Porzellantasse mit Goldrand**
1 Milchtöpf „ „ **gratis!**
1 Kaffekanne „ „
oder **1 hochfeine Gemüseschüssel**
Außerdem empfehle 5815
ff. Schinkenspeck, Pfd. 1.20 Mk.
frische Eier, 15 Stück 1.— Mk.
allerfeinste frische Meiereibutter Pfd. nur 1.15 Mk.
Bauernbutter Pfd. nur 1.05 Mk.
Martin Wegener, Fleischhauerstr. 7.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck. :: Distrikt Selmsdorf.
Einladung zum Sommer-Vergnügen
verbunden mit Preisschießen
am Sonntag, d. 3. August
im Lokale von Wodrich.
Um 4 Uhr: Festzug mit Fahne durch den Ort, anschließend **BALL** — Ende 12 Uhr.
Hierzu ladet freundlich ein (5804)
Das Komitee.

Uhren, Uhren, Uhren
(neu und getragen) sind staunend billig zu haben in Lübecks kleinstem Laden nur (5797)
Markttwiete 2,
bei der Post.
Jeden **Freitag und Sonnabend**
gebe ich auf 1 Pfd. Margarine zu 70, 80 oder 90 Pfg. eine hoch-elegante Porzellantasse; auf 2 Pfd. Margarine zu 70, 80 oder 90 Pfg. gebe ich eine Zuckerschale, Milch-guß, Teekanne und Kaffekanne gratis. Diverse Sorten Käse zu billigsten Preisen. ff. Gradbutter, per Pfd. 1.18 Mk. Pflanzenmilch per Pfd. 30 Pfg. (5807)
H. Scheel, Beckergrube 31.
Durch Zufall z. 1. Aug. od. später **freundl. 2-Stuben-Wohnung** in der Chalonstraße. (5789) Näh. Gasotstr. 18. part. vorne.
Ein gut erhaltenes Sofa und drei neue Stühle zu verkaufen. (5815) **Tramskamp 17.**

Guterhaltene Nähmaschine
(Rundschiff) billig zu verkauf. (5800) **Gundeststraße 9, I.**
Wie bekannt, zahle die höchsten Preise für **Hausstandsstumpen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Kunst- und Fauc.** (1225) **Fernruf 2430.** Postkarte genügt. **Wattenhoffstraße 25.**
Achtung!
Chorverein Lübeck.
Sonntag, den 3. August:
Morgentour
über Genin, nachdem Besichtigung der Vereins-Bräuererei.
Abmarsch 7 Uhr vom alten Bahnhof. (5813)
Der Vorstand.

Arbeiter-Abstinenz-Bund
Ausflug nach Neustadt
am Sonntag, den 3. August.
Abfahrt per Bahn 7.42 Uhr vorm. (5798) **Der Vorstand.**
Verband d. Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Mitglieder-Versammlung am Freitag, dem 1. August im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. (5806) **Die Ortsleitung.**
Freie Jugend Lübecks.
Der Rosegger-Vortrag des Herrn **G. Hennig-Leipzig** findet nicht im Jugendheim, sondern im „Gewerkschaftshaus“ (kleiner Saal) statt
Erwachsene sind herzlich eingeladen. (5809) **Der Jugendausschuß.**
Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Freitag, den 1. August:
Benefiz für Julius Heydecker.
Der neueste Operettenschlager.
.. **PUPPCHEN** ..
Schlager: Gehn wir mal z. Hagenbeck. Puppchen du bist mein Augenstern. Flieg du kleine Kumpeltaupe. Lorch, wo hast du deine Ohrchen zc.
Ballett-Inszenierung: Zigeunertanz. Barfußstanz.
Sonnabend, den 2. August:
Zweites Gastspiel der Tragödin **Elise Strohm-Ambronn**
HEIMAT.
Am Mittwoch mit tiefergreifendem nachhaltigem Erfolg bei vollem Hause aufgeführt. (5803) **Anfang stets 8 1/4 Uhr.**